Nr. 284 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 145

Morgenausgabe

10 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt" und „Kulturarbeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Sonnabend, den 18. Juni 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Erklärungen Vandervelde s.

Kategorisches Dementi gegen die antirussischen Einheitsfrontgerüchte.

Genf, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Genfer Sonderberichterstatter des „Soz. Pressedienst" hat den belgischen Außenminister Vandervelde, der an den Beratungen der Sechsmächtekonferenz teilgenommen hat, u. a. befragt, was von den Behauptungen über die angeblichen Vorbereitungen einer gegen Sowjetrußland gerichteten Einheitsfront zu halten sei. Darauf hat Vandervelde erwidert:

„Behauptungen dieser Art stehen in direktem, schärfsten Widerspruch zu dem, was gesagt und angeregt worden ist. Der englische Außenminister Chamberlain hat unumwunden erklärt, daß seine Regierung nicht daran denke, die anderen Staaten Europas aufzufordern, etwa nun auch ihre Beziehungen zu Rußland abzubrechen. Der deutsche Außenminister Dr. Stresemann hat nicht minder unzweideutig darauf hingewiesen, daß es Deutschlands Wunsch sei, seine Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten und auszubauen. Dazu bemerkte Chamberlain, er hoffe, Deutschland werde damit mehr Glück haben als England. Briand hat betont, daß es sicherlich ein schwerer Irrtum wäre, irgendetwas zu tun, was die Lage verschärfen könnte und ich persönlich habe mich auf das allerdeutlichste in gleichem Sinne ausgesprochen. Kurz, wir waren alle einer Ansicht, daß es geradezu verhängnisvoll wäre für die friedliche Entwicklung Europas, wenn eine Regierung auf den Gedanken verfiele, etwa wieder jene Methoden zu empfehlen, die zur Zeit der Denikin- und Wrangel-Expeditionen gang und gäbe waren.

Die Gestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den übrigen europäischen Kontinentalstaaten hängt von der Politik der Moskauer Regierung ab. Jedenfalls ist alles, was man über die angebliche Bildung einer Kampffront gegen Rußland geschrieben und gesagt hat, den Tatsachen schroff widersprechend."

Die Ratstagung geschlossen.

W. S. **Genf**, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) An die öffentliche Debatte über die Danziger Frage schloß sich noch eine kurze vertrauliche Sitzung des Rates, in der Finanzielles und Persönliches kurz erledigt wurde. Damit ging die 45. Ratstagung formlos zu Ende.

Stresemann und Chamberlain sind beide in Genf geblieben. Sie haben sich jedoch heute außerhalb des Rates noch nicht wiedergesehen. Eine Besprechung ist für morgen, Sonnabend, in Aussicht genommen. Boncour ist mittags nach Paris zurückgefahren. Deutsch-französische Besprechungen haben deshalb nicht mehr stattgefunden. Die schwebenden Fragen werden auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege weiterbehandelt.

Lambert tritt zurück.

Das belgische Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes, Lambert, wird, wie dem „Soz. Pressedienst" aus Genf gemeldet wird, in den nächsten Wochen zurücktreten.

*

Wie erinnerlich, hatte man schon auf der Märztagung bei der Behandlung der Saarfragen zu erreichen versucht, daß Lambert, der sich bei der saarländischen Bevölkerung geringer Beliebtheit erfreut und wegen seiner französischen Einstellung auch in Belgien selbst kein besonderes Vertrauen genießt, durch ein neutraleres Mitglied ersetzt werden würde. Das stieß damals aus formalen Gründen auf Schwierigkeiten, doch wurde angedeutet, daß der Rücktritt Lamberts nur noch eine Frage der Zeit sei.

Theater um die Postgebühren.

Der Postminister zieht die Gebührenvorlage zurück — die Wirtschaft drängt sie ihm wieder auf! — Auch Erhöhung der Rundfunkgebühr?

Das, was sich gestern im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost abgespielt hat, kann man nicht anders als ein Theater schlechtester Güte bezeichnen. Man bedenke, der Minister gibt mit großen Worten zu Beginn eine Erklärung ab, daß er auf die Gebührenerhöhung nicht verzichten könne; er droht mit der Entziehung von Industrieaufträgen, die eine Entlassung von Arbeitern zur Folge haben würde; er sagt, daß er anders für die Beamtenbesoldung keine Mittel habe, und als nach einer vierstündigen Debatte um die Frage Vertagung oder nicht die Vertagungsanträge abgelehnt wurden, also in demselben Augenblick, in dem die Mehrheit des Verwaltungsrats auf seiner Seite stand, verkündete er feierlich die

Zurückziehung der Vorlage

namens der Deutschen Reichspost.

Vorher hatte der Postminister noch eine Vorlage über die Erhöhung der Rundfunkgebühren von 2 auf 3 M. monatlich eingebracht — eine Forderung, die sachlich nach keiner Richtung begründet, in der breiten Oeffentlichkeit schärfsten Protest auslösen muß. Was aus dieser Vorlage geworden ist, ob sie weiter zur Beratung steht oder ebenfalls als zurückgezogen gilt, ist vorerst nicht recht zu erkennen.

Was nun folgte, war noch übler als der erste Akt. Die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrats hatten sich noch nicht von ihrer Ueberraschung erholt, als plötzlich wie auf ein Signal der Zentrumsabgeordnete Allekotte sich erhob und dem Verwaltungsrat eine neue Ueberraschung mit dem Antrag bereitete, dieser möge nunmehr von sich aus die Beschlüsse des Arbeitsausschusses genehmigen. Jeder fühlte, was schließlich offen ausgesprochen und dann auch zugegeben wurde, daß zwischen Herrn Allekotte und dem Minister eine Verständigung vorausgegangen war. In welchem Rahmen dies geschehen ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls konnte sich niemand des Gefühls erwehren, daß hier ein

nicht ganz einwandfreies Spiel

getrieben wurde, mit dem Ziel, der Regierung eine Genugtuung für die im Reichstag erlittene Schlappe zu bieten. Tatsächlich **überboten sich nun auf einmal die Herren Wirtschaftsvertreter** darin, dem gekränkten Postminister, offenbar zur größeren Ehre des Rechtsblocks, die zurückgezogene Gebührenvorlage mit allerhand süßen Worten förmlich aufzudrängen. Man äußerte sogar die Meinung, daß es einer Vorlage des Ministers gar nicht bedürfe. Wenn man seinen Wunsch kenne, genüge es vollkommen, und man könne die alte Vorlage unverzüglich weiterberaten.

Genosse Schumann-Frankfurt (Oder) hatte vollkommen recht, wenn er diese Vorgänge als ganz unmöglich bezeichnete, und verlangte, daß wegen Einbringung einer neuen Vorlage die Initiative einzig und allein beim Reichspostminister liege. Auch wir sind dieser Meinung und finden sie in der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats bestätigt.

Zwei Dinge aber haben sich bei dieser Spielerei klar und deutlich herausgestellt. Das eine ist

die Doppelzüngigkeit der Wirtschaft und der ihnen nahestehenden Parteien.

Die Wirtschaft war es, die in unzähligen Protesten, Kundgebungen und Eingaben gegen die Gebührenvorlage des Postministers Sturm gelaufen ist. Die Presse der Regierungsparteien und ganz besonders die der Deutschnationalen und des Zentrums hat in schärfster Tonart gegen die Vorlage mobilgemacht. Und auf der Tagung des Verwaltungsrats waren sowohl die Vertreter jener Großorganisationen der Wirtschaft als auch die Abgeordneten der Regierungsparteien nicht nur gegen die Vertagung der Vorlage, sie erklärten sich sogar bereit, die Portoerhöhung mit Haut und Haaren zu schlucken. Sie wollen das Geld der Rechtsregierung förmlich in die Taschen jagen.

Zum anderen aber hat sich diesmal unwiderleglich gezeigt, daß

das Reichspostfinanzgesetz in dieser Form einfach nicht mehr aufrechtzuerhalten

ist. Man mag es aufheben oder ändern, dieser Kuddelmuddel darf aber nicht weiter bestehen bleiben.

Zum Schluß noch ein Wort über die Drohung des Ministers, durch Zurückziehung von Aufträgen Arbeiterentlassungen unvermeidlich zu machen. Wir bedauern ausdrücklich, daß der Minister glaubte, solche Erklärungen abgeben zu müssen. Dies sind die

Methoden der Scharfmacherunternehmer,

die lediglich zu Gegenaktionen herausfordern, aber sonst keine Wirkungen erzielen. Nochmals erklären wir, daß ein Anlaß zu einer Zurückziehung von Aufträgen absolut nicht vorliegt. Dem Reichspostminister sind sowohl im Reichstag als auch im Verwaltungsrat Mittel und Wege gewiesen worden, wie er unter Inanspruchnahme des Geldmarktes und seiner sehr starken Reserven die Tätigkeit seiner Behörde ungeschmälert aufrechterhalten kann. Dies gilt auch für die Frage der Besoldungserhöhung. Es ist erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit der Minister jeder Erörterung über die Heranziehung der Reserven aus dem Wege geht. Glaubt der Postminister eine Politik auf „biegen oder brechen" treiben zu sollen, so trägt er allein die Verantwortung für die Folgen, die das deutsche Volk leider sehr bald zu spüren bekommen wird.

Der Nationalfeiertag.

Zur heutigen Beratung des sozialdemokratischen Antrags im Reichstag.

Von Karl Severing.

Am 24. Juni sind fünf Jahre verflossen, seit Walter Rathenau den Kugeln der Meuchelmörder zum Opfer fiel. Eine ungeheure Empörung ging an dem blutigen Johannistage des Jahres 1922 durch das Land. Knapp ein Jahr zuvor war Mathias Erzberger durch die Hand nationalistischer Mordbuben gefallen, und dieser Freveltat waren Drohungen der Art gefolgt, daß sie alle, „die Juden und Römlinge, die Novemberverbrecher und roten Despoten" erledigt werden würden. Allzu viele hatten diese Drohungen für alberne Schwätzereien gehalten in Verkennung der Tatsache, daß die seit Jahren betriebene Hetze gegen die Männer des neuen Regimes in jungen verbitterten und fanatisierten Menschen Mordpläne gegen die angeblichen „Vaterlandsverderber und Schädlinge" geradezu wecken mußte. Nun zeigte der Mord in der Königsallee mit erschreckender Deutlichkeit, daß den Plänen die Verwirklichung, den Drohungen die Tat folgen sollte. Diese Erkenntnis war das Signal für die Erhebung der republikanischen Massen, die sich in machtvollen Demonstrationen zusammenfanden und von der Regierung ein entschiedenes Vorgehen gegen die Mordbuben und ihre Hintermänner, die in den nationalistischen Organisationen saßen, verlangten. So kam das Republikschutzgesetz zustande, so wurden die Behörden auf die Fährten der sogenannten Selbstschutz-Organisationen gelenkt, so wurden im Reiche diejenigen Beamten entfernt, die es an der gebotenen Wachsamkeit diesen Organisationen gegenüber hatten fehlen lassen.

In dieser Zeit besannen sich die Republikaner auch darauf, daß wir in einer Republik leben und daß es nun auch wohl nicht länger zu umgehen sei, dieser Republik auch äußerlich die Achtung und Ehrung zu verschaffen, die in anderen republikanischen Staatswesen zu den einfachsten Selbstverständlichkeiten gehören. Am 7. Juli 1922 beantragten Müller-Franken, Marx und Petersen im Auftrage der sozialdemokratischen, demokratischen und Zentrumsfraktion des Reichstags, den Verfassungstag, den 11. August, zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes im Sinne des Artikels 139 der Reichsverfassung zu erklären. Zwar war schon einige Wochen früher die Reichsregierung mit einer entsprechenden Vorlage an die Länderregierungen herangetreten, aber die Beratungen über diesen Entwurf waren ins Stocken geraten und darum war die Initiative des Reichstags nur zu begrüßen.

Auch sie feiert nun bald ihr fünfjähriges Jubiläum. Aber wenn der Reichstag der 3. Wahlperiode nicht in einem kräftigen Tempo das Wollen seiner 1. Periode mit einem erfolgreichen Vollbringen krönt, dann wird der Jubiläumstag (7. Juli) besonders freudiges Ereignis für die deutschen Republikaner bedeuten. Es soll hier nicht untersucht werden, auf welche Einzelgründe es zurückzuführen ist, daß das Vorgehen der Weimarer Koalition im Reichstag des Jahres 1922 bisher nicht das geringste Ergebnis gezeitigt hat. Man muß zugeben, daß das Krisenjahr 1923, in dem Deutschland — nicht nur um seine Unabhängigkeit, sondern auch um die Substanz des Reiches kämpfte, für die Beratung und Einführung eines Feiertags nicht die freudigste Resonanz im Volke geboten hätte. Der 11. August 1923 war einer der trübsten Tage deutscher Geschichte. Die Mark war ins Bodenlose gesunken, der Lebensmittelmangel aufs höchste gestiegen. Wilde Formationen undisziplinierter Landknechtsjünger provozierten neuen außenpolitischen Druck. Die Kommunisten trafen ihre Vorbereitungen zur Einführung der „Arbeiter- und Bauernregierung". Eine vom Reichspräsidenten Ebert im Staatlichen Schauspielhaus zu Ehren des Verfassungstages veranstaltete Abendfeier mußte abgesagt werden. Das war symbolisch für die Behandlung des Verfassungstages im Krisenjahr 1923 überhaupt!

Die Reichstagsauflösungen im Jahre 1924 haben ein übriges getan, um die Lösung der Frage des Nationalfeiertages zu verzögern, obgleich in jeder Periode Anregungen dazu aus dem Reichstage erfolgten. Daß Herr Schiele, des Reiches Innenminister im Jahre 1925, sie nicht aufgriff, ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß damals die Deutschnationalen noch nicht ihr Bekenntnis zur Republik und zu den republikanischen Symbolen abgelegt hatten.

Heute sind ja nun wohl alle Hindernisse aus dem Weg geräumt. Die deutschnationalen Mitglieder der Reichsregierung, die sich mit den Richtlinien des Zentrums einverstanden erklärten, die der Verlängerung des Republikschutzgesetzes zustimmten, die ebenso den Kriegsgeräte-Paragraphen zustimmen werden, können unmöglich dagegen sein, daß nun endlich dem deutschen Volke sein Verfassungstag als Nationalfeiertag gegeben wird. Man sollte im Gegenteil meinen, daß Herr v. Keudell, der derzeitige Verfassungsminister des Reiches, mit Freuden den Antrag unterstützen wird, den jetzt die sozialdemokratische

Fraktion im Reichstag eingebracht hat und der ungefähr den gleichen Wortlaut aufweist, wie der Initiativantrag des Jahres 1922, der auch die Unterschrift des Vorsitzenden der Zentrumspartei, Dr. Marx, trug. Des Reiches Verfassungsminister hat ja doch die Aufgabe, alles zu unterstützen, was geeignet ist, im deutschen Volke das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit zu vertiefen. Dazu gehört unstreitig auch die äußere Manifestation eines Nationalfeiertages. Vielleicht fände Herr v. Keudell in der Durchführung dieser seiner Aufgabe auch die Hilfe beim Reichspräsidenten v. Hindenburg. Dessen Amtsvorgänger Ebert hat das Deutschlandlied aus den Klammern nationalistischer Anmaßung und Ueberheblichkeit befreit und zur deutschen Nationalhymne gemacht. Als am 11. Juni bei der Eröffnung der Internationalen Musikausstellung in Frankfurt a. M. die Banda Municipale die Venezia auftrat, spielte sie das Deutschlandlied unter jubelnden Beifallsäußerungen der in- und ausländischen Gäste. Es ist offiziell und tatsächlich das Nationallied geworden dank dem Weitblick und dem Mute des Mannes, dem neben anderen schweren Aufgaben auch die Verpflichtung zufiel, der jungen Republik eine republikanische Tradition zu schaffen. Ich kann nicht glauben, daß Reichspräsident v. Hindenburg auf diesem Gebiete weniger weitblickend und weniger mutig sein sollte.

Marx hat im Jahre 1922 und später gesagt, ein Nationalfeiertag lasse sich nicht dekretieren. Das ist insofern richtig, als sich die lebendige Anteilnahme des Volkes, der Schwung und die Begeisterung für einen Feiertag nicht befehlen läßt. Deswegen konnten weder die Geburtstage der früheren Monarchen, noch die Gedenktage der Schlachtensiege aus erfolgreichen Kriegen eigentliche Volksfeiertage sein. Aber für den Verfassungstag ist diese Begeisterung, ist der Schwung, die Leidenschaft vorhanden. Wie das Reichsbanner die Fahne Schwarz-Rot-Gold aus Kümmernis und Dunkelheit befreit und ans Licht getragen hat, so hat es auch den Verfassungsfeiern den Boden bereitet und dem Volke die Bedeutung und Größe des 11. August nicht nur vor Augen geführt, sondern auch ins Herz getragen — nicht gegen Reich und Regierung, sondern für sie, deren ureigenste Aufgabe es hätte sein sollen, im Volke Sinn und Verständnis für die selbstgeschaffene Verfassung zu wecken. Daran haben es die Regierungen recht oft fehlen lassen. Ist es denn wirklich so schwer, dem Volke zu sagen, daß der Aufbau aus Trümmern unendlich größer und erhabener ist als eine gewonnene Schlacht? Ist ein Volk, das sich in tiefster Not selbst hilft, nicht bewunderungswürdiger als ein Monarch, der, ständig ein Spielball in der Hand seiner Umgebung, in Augenblicken der Gefahr zur Jammerfigur wird? Ist ein Werk der Einigung und des Friedens nicht wertvoller und beständiger als militärische und diplomatische Dekrete, die auseinanderstreben und den Keim neuer Kriege in sich tragen? Unsere ersten Schritte zum Wiederaufstieg verdanken wir deutscher Wissenschaft und Kunst, deutscher Technik und deutscher Arbeit, deren freie Betätigung die Weimarer Verfassung schuf. Geben diese Gedanken einem Nationalfeiertage nicht Inhalt genug? Das deutsche Volk ehrt sich selbst, wenn es seine Verfassung ehrt.

Die Beratung und Verabschiedung des sozialdemokratischen Antrags wird ein Prüfstein dafür sein, wie weit diese Erwägungen heute auch von denen geteilt werden, die vor fünf Jahren in einer Einheitsfront gegen den 11. August als Nationalfeiertag standen. Man komme nicht mit den pedantischen Bedenken, daß die Jahreszeit, die ja auch von den Schulferien in Anspruch genommen wird, sich nicht für die Einlegung eines Nationalfeiertags eigne. Gerade der Sommer ist geeignet, die Feiern aus den engen Wänden eines Versammlungsraumes hinauszutragen ins Freie, den Verfassungstag zum Volkstag zu machen. Schulfeiern auch oder gerade für die Verfassung in allen Ehren! Aber auch außerhalb der Schule, also auch in der Zeit der Schulferien, gibt es Möglichkeiten genug, unsere Jugend auf die Bedeutung des Tages hinzuweisen und mit dem Geist von Weimar vertraut zu machen.

Auf die Vorbereitung dieses Geistes kommt es an. Wir wollen keine neuen lärmenden Feste, keine Flitterparaden. Aber die deutschen Republikaner sollten nun auch endlich stolz und freudig zeigen, daß sie sich ihres Verfassungswerkes nicht schämen. Lange genug hat man es geschmäht, allzu oft die idealen Verheißungen seines Vorspruches mit den trüben Zuständen der Gegenwart verspottet. Macht dem ein Ende! Der Nationalfeiertag am 11. August wird ein weiterer Schritt auf dem Wege sein, der zur Erfüllung dieser einen Verheißung führt: Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen, hat sich diese Verfassung gegeben!

Einheitliche Schulpflicht in Preußen.

Der neue Gesetzentwurf.

Dem Preußischen Staatsrat ist der „Entwurf eines Gesetzes über die Schulpflicht in Preußen (Schulpflichtgesetz)" zugegangen. Der Entwurf will die in Preußen von altersher bestehende Verschiedenheit der Bestimmungen über Geltung, Beginn und Ende der Schulpflicht und über die Schulversäumnisstrafen beseitigen und die Schulpflicht für das ganze Staatsgebiet einheitlich regeln. Er trägt damit nicht nur einem schon seit Jahrzehnten vorhandenen Bedürfnis, sondern auch oft geäußerten Wünschen weiter Kreise der Bevölkerung Rechnung. Schon seit langem wurde es als unerträglich empfunden, daß z. B. die Schulpflicht in manchen Landesteilen nach den dort geltenden Vorschriften mit dem Anfang, in anderen Landesteilen mit der Vollendung des sechsten Lebensjahres begann, ferner daß sie in manchen Landesteilen mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahr — auch mitten im Schuljahr —, in anderen mit der Konfirmation endete.

Der Entwurf, der sich übrigens nicht auf die Berufs- (Fortbildungs-)schulpflicht erstreckt, erklärt für schulpflichtig nicht nur alle staatsangehörigen Kinder, sondern — abweichend vom bisherigen preußischen Recht — auch diejenigen anderen reichsangehörigen Kinder, die sich dauernd in Preußen aufhalten. Der Entwurf bestimmt, daß die Schulpflicht durch den Besuch einer deutschen Volksschule zu erfüllen sei.

Im ganzen Staatsgebiete soll künftig die Schulpflicht beginnen mit dem 1. April für alle Kinder, die bis zum 30. Juni desselben Jahres das sechste Lebensjahr vollenden; Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September das sechste Lebensjahr vollenden, sollen auf Antrag des Erziehungsberechtigten zu Beginn des Schuljahres in die Schule aufgenommen werden können, wenn sie die für den Schulbesuch erforderliche körperliche und geistige Reife besitzen. Die Schulpflicht soll enden nach Ablauf von acht Jahren mit Schluß des Schuljahres. Für Kinder, die bei Ablauf der achtjährigen Schulpflichtzeit das Ziel der Volksschule noch nicht erreicht haben, ist die Möglichkeit der Verlängerung der Schulpflicht auf die Dauer eines Jahres vorgesehen, andererseits für Kinder, die das Ziel der Volksschule nahezu erreicht haben, die Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung, wenn besonders schwierige häusliche oder wirtschaftliche oder besondere in der Person des Kindes liegende Verhältnisse es erfordern. Die Dauer der Schulpflicht im Rahmen des Artikels 145 der Reichsverfassung über die „mindestens" acht Schuljahre hinaus gesetzlich allgemein um ein weiteres Jahr zu verlängern, wie von vielen Seiten aus inneren und äußeren Gründen angeregt worden ist, erscheint nach der amtlichen Begründung gegenwärtig finanziell nicht durchführbar.

Die Schulpflicht soll ruhen für die staatsangehörigen Kinder, die sich mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde dauernd oder zum Besuch einer ausländischen Schule vorübergehend im Auslande aufhalten, für Kinder, welche die nach dem Reichsgrundschulgesetz zurzeit noch nicht geschlossenen öffentlichen oder privaten Vorschulen oder Vorschulklassen besuchen oder für die nach dem Reichsgrundschulgesetz an Stelle des Besuchs der Grundschule Privatunterricht zugelassen ist, endlich für Kinder, für deren Unterricht nach Ablauf der Grundschulpflicht anderweit, insbesondere durch den Besuch einer mittleren oder höheren Schule, ausreichend gesorgt ist.

Für blinde und taubstumme Kinder soll es bei den Vorschriften des Gesetzes vom 7. August 1911 bleiben; für die Beschulung der schwerhörigen, sprachleidenden, schwachsinnigen, krankhaft veranlagten, sittlich gefährdeten und verkrüppelten Kinder ist die Möglichkeit einer den Verhältnissen angepaßten Sonderregelung im Verordnungswege vorbehalten.

Die Bestimmungen des Entwurfs, die sich mit der Schulversäumnis beschäftigen, bringen gegenüber dem bisher geltenden Recht nichts wesentlich Neues, schaffen aber für das ganze Staatsgebiet Klarheit über die Rechtslage.

Das neue Gesetz soll am 1. April 1928 in Kraft treten. Die Provinz Schleswig-Holstein, in der seit altersher für Knaben größtenteils neunjährige Schulpflicht gilt, wird ermächtigt, durch Provinzialsatzung an dieser neunjährigen Schulpflicht festzuhalten.

Die Sowjetgranaten vor Gericht.

Genosse Künstler klagt gegen kommunistische Schimpfbolde.

Am Montag, dem 20. Juni, 12½ Uhr mittags, findet vor dem Amtsgericht in Neukölln der Beleidigungsprozeß des Genossen Künstler gegen den verantwortlichen Redakteur des kommunistischen „Klassenkampf" in Halle statt. Der „Klassenkampf" hatte den Versuch unternommen, die Veröffentlichungen des Genossen Künstler über die Verladung von Sowjetgranaten für die Reichswehr in Stettin als unwahr hinzustellen und hatte in diesem Zusammenhange das Wort „Lügen-Künstler" gegen den Genossen Künstler gebraucht.

Verlängerung der Pachtschutzordnung.

Um weitere zwei Jahre.

Dem Reichstag ist soeben ein Gesetzentwurf zugegangen, der die geltende Pachtschutzordnung, die am 30. September 1927 abläuft, bis zum 30. September 1929, als um zwei Jahre verlängert. In der Begründung zu dieser Vorlage teilt die Regierung mit, daß die Voraussetzungen, die zur Schaffung der Verordnung Veranlassung gaben, zum Teil auch jetzt noch vorliegen, es sei daher erforderlich, die Bestimmungen der Pachtschutzordnung bis zur Schaffung eines Dauerpachtrechts aufrechtzuerhalten, damit eine schwere Beunruhigung der Pächter und damit eine Verminderung der landwirtschaftlichen Erzeugung vermieden wird.

Der Niedergang der Konservativen.

Ein Unterhaussitz nur mit großem Stimmenverlust behauptet.

London, 17. Juni. (TU.) Bei der Parlamentsnachwahl in Westbury wurde der konservative Kandidat Major Long mit einer Mehrheit von 149 Stimmen gewählt. Der konservative Kandidat hat einen Stimmenrückgang von 936 Stimmen zu verzeichnen, während die Liberalen und die Arbeiterpartei je einen Stimmenzuwachs von 500 bzw. 700 Stimmen aufweisen können.

Auflösung der Skuptschina.

Jugoslawische Neuwahlen am 11. September.

Belgrad, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der König hat am Dienstag durch Dekret die Auflösung des Parlaments vollzogen und die Neuwahlen für die Skuptschina auf den 11. September festgesetzt.

Deutscher Musikerverband in Magdeburg

Wenn Musiker zu einer Tagung zusammenkommen, so gestaltet sie sich viel genußreicher als gewöhnliche Kongresse. Da gibt es nämlich nicht allein die üblichen Ansprachen und Berichte, sondern da wird mit Begeisterung musiziert und damit der Zusammenkunft ein besonders festlicher Stempel aufgedrückt.

So geschah es auch diesmal, als der Deutsche Musikerverband in der Reichshauptstadt seinen dritten Verbandstag abhielt. Der Umstand, daß er auf der Magdeburger Theaterausstellung mit einer eigenen Koje vertreten ist, lockte noch besonders nach der Nachbarstadt: hier konnte das Ausstellungsmaterial den Mitgliedern vor Augen geführt und zugleich dem Publikum besonders aktuell gemacht werden. Dazu kommt, daß die vom Stadtbaurat Goederitz neu errichtete Stadthalle ein besonders würdiges Versammlungs- und Konzertlokal bot.

Es ist in der Oeffentlichkeit noch viel zu wenig bekannt, was diese gewaltige Gewerkschaft, die den weitaus größten Teil der deutschen Musiker umfaßt, an organisatorischer Arbeit leistet. Man sieht auf der Ausstellung, wie erfolgreich der Verband bemüht ist, die angehenden Musiker aus der Lehrlingszüchterei der Stadtpfeifereien zu erlösen und einen sozial und künstlerisch höherstehenden Nachwuchs heranzubilden. Es gibt bereits drei Schulen für Orchestermusiker: eine, die an die Charlottenburger Hochschule für Musik angegliedert ist, eine in Köln und eine in Mainz.

Hier empfängt der Zögling neben einer umfassenden Allgemeinbildung einen Fachunterricht, dem eine nach den modernsten wissenschaftlichen Grundsätzen angelegte Befähigungsprobe vorausgeht. So wurden von 80 Bewerbern an der Charlottenburger Orchesterschule nur 16 als tauglich befunden. Reichhaltiges statistisches Material erläutert außerdem die Arbeitsleistung, die die einzelnen Instrumentengruppen erfordern, und die Sterblichkeit unter den Mitgliedern; ferner wird eine Uebersicht geboten über die Verteilung der Orchester auf das Reich und die Entwicklung des neuen Zweiges der Kinokapellen aufgezeigt.

Die Magdeburger Tagung am 16. Juni brachte außer Begrüßungsansprachen von Vertretern der Stadt und des Staates einen Vortrag des Kunstwartes des Deutschen Musikerverbandes, A. Jahn, über „Die Ausbildung des Musikers". Sie führte aber auch in einem Vormittagskonzert die Früchte dieser Erziehungsarbeit vor: das Orchester der Charlottenburger Orchesterschule, bestehend aus etwa 80 Zöglingen im ersten Semester, spielte unter Leitung des Professors Gmeindl Beethovens „Egmont-Ouverture", den „Nachmittag eines Fauns" von Debussy und Dvoraks Sinfonie „Aus der neuen Welt". Eine erstaunliche Probe aufs Exempel: diese Vierzehn- bis Fünfzehnjährigen leisten, wenn sie auch noch keine vollendeten Ensemblespieler sind, doch schon Außerordentliches an Tonreinheit und rhythmischer Sicherheit. Von hier aus führen hoffnungsvolle Wege in die Zukunft unserer deutschen Orchestermusik.

Die Erwachsenen und Fertigen taten sich am Abend unter Leitung von Professor Abendroth zu einem Festkonzert zusammen, bei dem jeder mit Begeisterung sein Bestes bot. Selten wird man ein so auserlesenes Orchester zusammen finden. Da waren 220 erste Kräfte am Werk aus staatlichen und städtischen Orchestern von Magdeburg, Berlin, Braunschweig, Dessau, Halle, Hannover und Leipzig. Vor einem feierlich gestimmten Publikum von 3000 Personen wurde ein fast überreiches Programm zu Gehör gebracht, das sich zusammensetzte aus der „Oberon-Ouvertüre" von Weber, der „Musik für Geige" von dem allzu früh verstorbenen Rudi Stephan — Solist war der Magdeburger Konzertmeister Robin —, „Tod und Verklärung" von Richard Strauß, ferner aus der ersten Sinfonie von Brahms und der Tannhäuser-Ouvertüre. Mag sein, daß ein einheitlicher Orchesterkörper wie die Berliner Philharmoniker in den Einzelheiten genauer zusammengeht — die Musizierfreudigkeit und die Hingabe für die eigene Sache wird man in diesem Maße kaum wiederfinden.

Es war ein Ehrentag für die verdienstvolle Musikergewerkschaft wie für die Stadt Magdeburg.

Hermann Hieber.

Howantschina in Dresden. Im Staatlichen Opernhaus in Dresden kam das musikalische Volksstück „Howantschina" (russisch: Chowanschtschina) von Mussorgskij zur Aufführung. Nach dem herrlichen „Boris Godunow" ist das Werk ein Abstieg, ein — geräuschvoller Leerlauf. Obzwar die Musik, von Rimsky-Korssakoff für das Orchester bearbeitet (den Komponisten ereilte während des Schaffens der Tod), schön klingt und das schwache dramatische Geschehen ebenso wirksam ausdrückt, wie sie in seltsam schwermütigen, volksliedhaften, oft feierlichen Melodien schwelgt — den schauderhaften Text, den sich Mussorgskij selbst geschrieben hat, vermag sie doch nicht erträglich zu machen. Schon in der ersten halben Stunde verliert sich die Fabel, die einen Streit unter den Bojarenfürsten Rußlands im 17. Jahrhundert behandelt, und ganz andere Motive kommen auf. Sadistische Greuel, Sektiererphilosophie, gestammelte Angst um das Wohl des Vaterlandes, eine angefangene Liebe, Verrat, Mord, endlich Verbrennung der Gläubigen auf dem Scheiterhaufen — das alles wirbelt durcheinander, zusammenhanglos, undramatisch, widerlich und langweilig. Von menschlicher Gestaltung keine Spur — Theater, übelstes Theater. Daß das Werk dennoch freundlich aufgenommen wurde, ist der szenisch wie auch musikalisch vorzüglich geleiteten Aufführung und den Kräften der Oper zu danken, die mit überwältigender Schönheit sangen und spielten.

Das Recht des Bühnenleiters auf Streichungen. Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung hat das Bühnenschiedsgericht in einem Prozeß gegen das Breslauer Viktoria-Theater gefällt. Die Leitung der Bühne hatte auf Wunsch einer Schauspielerin den ganzen vierten Akt des Lustspiels „Der Garten Eden" von Bernauer und Oesterreicher gestrichen und ist nun zur vollen Vertragsstrafe verurteilt worden. Die Urteilsbegründung führt u. a. aus: Es kann nicht als Recht eines Bühnenleiters anerkannt werden, ein von ihm erworbenes Bühnenwerk ohne vorherige Befragung der Klägerin und der Autoren derartig zu verändern, wie der Beklagte für angemessen gehalten hat. Es kann ein Recht des Bühnenleiters nicht bestritten werden, geringe Dialogänderungen vorzunehmen oder selbst etwas ganz Geringfügiges fortzulassen, aber auch dieses Recht besteht nur in bescheidenen Grenzen. Die Fortlassung eines ganzen Aktes an einem Stück, das in großen Städten einen ausgesprochenen Publikumserfolg gehabt hat, verstößt indessen wider Treu und Glauben und kann nicht gebilligt werden.

Die Sonnenfinsternis als Friedensbringer. Anläßlich der bevorstehenden Sonnenfinsternis am 29. Juni, der ersten totalen Sonnenfinsternis, die in England seit 200 Jahren beobachtet wird, erinnert der Astronom W. F. Denning in einem Artikel in der Zeitschrift „The Nineteenth Century" daran, daß vor rund viertausend Jahren eine Sonnenfinsternis den beiden chinesischen Astronomen Ho und Hi recht verhängnisvoll wurde. Die beiden Gelehrten waren die offiziellen Astronomen des Kaisers Tschung Kang und hatten es ihrer Nachlässigkeit zuzuschreiben, daß die Sonnenfinsternis ihr Leben kostete. Dies geschah im Jahre 2136 v. Chr. In diesem Jahre trat in China eine totale Sonnenfinsternis ein, die erste, von der in der Geschichte berichtet wird. Hi und Ho hatten es unterlassen, ihren kaiserlichen Herrn von dem bevorstehenden Naturschauspiel zu unterrichten. Diese Unterlassungssünde stellte ein unverzeihliches Verbrechen dar, da sich der Kaiser der Möglichkeit beraubt sah, bei dieser Gelegenheit die Gunst der Götter zu erbitten. Vielleicht geriet er auch in Zorn, weil er infolge der Nachlässigkeit seiner Astronomen die geschwärzten Gläser vermißte und dadurch außerstande war, die Sonnenfinsternis zu beobachten. Jedenfalls wurden Hi und Ho angeklagt, vor den Richter geschleppt, verurteilt und hingerichtet. Nicht immer haben Finsternisse derartige Tragödien herbeigeführt. Eine Sonnenfinsternis hat sogar einmal die Rolle des Friedensbringers gespielt. Dies geschah im Jahre 585 v. Chr. während des Krieges zwischen den Medern und Lydern. Die Schlacht war im vollen Gang, als sich der Himmel verdunkelte und sich plötzlich die Nacht über die Kämpfenden niedersenkte. Von Furcht und Schrecken gepackt, legten die Streiter die Waffen nieder und schlossen auf der Stelle Frieden.

Deutschlandreise russischer Wissenschaftler. In den nächsten Tagen treffen 20 sowjetrussische Universitätsprofessoren, Naturforscher und Mediziner unter Führung des Volkskommissars für das Gesundheitswesen, Prof. Semaschko, in Berlin ein. Die sowjetrussischen Gelehrten werden in der Woche vom 19. bis 25. Juni in den Instituten der Berliner Hochschulen Vorträge über ihre Fachgebiete halten. Der Besuch gilt als ein Gegenbesuch für die Anwesenheit deutscher Gelehrter in Moskau im Herbst 1925, anläßlich des 200jährigen Jubiläums der dortigen Akademie der Wissenschafte

Die Novembergruppe veranstaltet am 25. zu Gunsten des Hilfsvereins für junge Kunst ein Bordfest „Wieder eine Nacht auf dem Wannsee" auf der Schoner-Brigg „Dorothea" Strandkaffee am kleinen Wannsee. Die Veranstaltung findet bei jedem Wetter statt. Die Schiffskarten sind zu haben: im Verkehrsbureau der Stadt Berlin, Friedrich-Ebertstr. 5, in der neuen Kunsthandlung, Tauentzienstr. 6, bei K. u. E. Twardy, Potsdamer Str. 12 und in der Geschäftsstelle der Novembergruppe, Achenbachstr. 21.

In der Großen Berliner Kunstausstellung werden die Sonderausstellungen des russischen Malers Malewitsch und des Stuttgarters Baumeister Ende dieses Monats geschlossen und durch Neuausstellungen ersetzt.

Perlach.

Ein Nachwort zum Münchener Prozeß

Von Otto Landsberg.

Der König Pyrrhus von Epirus soll nach einer Schlacht, in der er unter erheblichen Verlusten die Oberhand behalten hatte, in die Worte ausgebrochen sein: „Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren." Der Pfarrer Hell braucht keinen zweiten „Sieg" abzuwarten, bevor er den Schiffbruch seiner Sache eingesteht. Die Begründung des Urteils des Münchener Amtsgerichts ist für ihn vernichtend. Er hat sein Schicksal verdient.

Das Dorf Perlach bei München war von den Wellen, die die politische Bewegung zu Anfang des Jahres 1919 schlug, nicht verschont geblieben. Anonyme Schmäh- und Drohbriefe flogen einzelnen Honoratioren ins Haus. Nächtlicherweile wurde ein Perlacher Bürger, der sich den Weißgardisten angeschlossen hatte, bei einem Besuch in der Heimat von bewaffneten Männern mit dem Tode bedroht. Ab und zu fielen während der Dunkelheit in der Nähe des Dorfes Schüsse.

Der guten Gesellschaft von Perlach bemächtigte sich eine starke Erregung, die sich als der beste Nährboden für ungeheuerliche Uebertreibungen erwies. Man erzählte sich, die radikalen Elemente des Dorfes seien mit russischem Geld ausgestattet, das ganze Dorf solle im Anschluß an die Maifeier von den Roten in Brand geschossen und ausgeplündert werden. Die Roten hätten die Absicht, alle Pfarrer, Lehrer und Bürgermeister der Gegend als Geisein wegzuführen und dergleichen mehr. Am 4. Mai erbat die Gattin des Pfarrers Hell von Perlach in ihrer Angst telephonisch vom Freikorps Lützow, das in München stand, polizeilichen Schutz. Ihr Hilferuf hatte zur Folge, daß eine Abteilung Soldaten unter Leutnant Pölzing mit dem Auftrage nach Perlach entsandt wurde, dort für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Anscheinend hat sich Pölzing noch in München eine Liste mit den Namen einer Reihe von Perlacher Arbeitern verschafft, die sein Gewährsmann für Linksradikale hielt. In Perlach angelangt, suchte Pölzing den Pfarrer Hell auf. Dieser hat in der Hauptverhandlung angegeben, seiner Auffassung nach, die er schon damals gehabt habe, würde durch die Einquartierung einer militärischen Abteilung jede fernere Störung der Ruhe des Ortes verhindert worden sein. Er hat es aber nicht für nötig gehalten, diese seine Meinung dem Pölzing kundzutun. Ihm hat er vielmehr gesagt, daß die denunzierten und auf der Liste verzeichneten Leute „die Gefolgschaft des Ludwig" seien, d. h. eines Hafnermeisters, der kurz zuvor von der Mehrheitssozialdemokratie zur USPD. übergetreten war und der in Perlach in dem Rufe einer besonders radikalen Gesinnung stand. Und ferner hat Hell nach der eidlichen Bekundung eines bei dem Gespräch zugegen gewesenen Offiziers einige von den Perlachern, nach denen Pölzing sich bei ihm erkundigte, als Unruhestifter bezeichnet. Dabei hat Hell wieder in der Hauptverhandlung zugegeben, daß er von den zahlreichen auf der Liste genannten Männern nur drei gekannt habe.

Nachdem Hell dem Pölzing Informationen erteilt hatte, fragte er den Offizier, was denn wohl mit den Leuten geschehen werde. Pölzing antwortete, die werden wohl nicht mit dem Leben davonkommen. Hell wurde infolge dieser Mitteilung zwar bestürzt, er fühlte sich aber nicht bewogen, sich für die Perlacher einzusetzen und war im Gegenteil bemüht, von dem hinzugeholten Sicherheitskommissar von Perlach Belastungsmaterial gegen die Unglücklichen zu erhalten, wobei er dem Kommissar sagte: „Die (nämlich die Soldaten) machen nicht viel Federlesens, die Leute, die sie festnehmen wollen, werden an die Wand gestellt werden." Zwölf auf der Proskriptionsliste verzeichnete Männer wurden im Laufe der nächsten 10 Stunden verhaftet. Die Frau des einen von ihnen, Frau Keil, suchte in ihrer Herzensangst den Pfarrer Hell, der ihr Seelsorger war, auf und beschwor ihn, daß er die Festgenommenen zu retten suchen solle. Sie seien Mehrheitssozialdemokraten. Es heiße, daß sie erschossen werden sollen. Herr Hell aber lehnte jedes Einschreiten mit der Begründung ab, daß er die Leute nicht kenne. Aus der Bekundung zweier höherer Offiziere vom Korps Lützow, die im Prozeß vernommen worden sind, geht hervor, daß die Perlacher gerettet worden wären, wenn Hell nur ein Wort zu ihren Gunsten gesagt hätte.

Um sich Schutz zu verschaffen, hatte er das Korps Lützow telephonisch angerufen, zugunsten von Männern, deren Leben, wie er wußte, im höchsten Maße gefährdet war, führte er eine telephonische Verbindung mit den Stellen, deren Eingreifen eine Massentötung hätte verhindern können, nicht herbei. Die Verhafteten wurden nach München gebracht und dort auf Befehl des Pölzing von einem Peloton unter Wachtmeister Prüfert erschossen. Einige Tage später veröffentlichte Hell im evangelischen Gemeindeblatt für seinen Sprengel einen Bericht über den Vorfall. Darin bezeichnete er die Erschießung der zwölf Männer als einen Beweis für die Richtigkeit des Wortes: „Wenn die Not am größten, ist Gottes Hilfe am nächsten." Dabei hat er gewußt, daß sich unter den Getöteten auch ein gewisser Hufnagel befand, der ihm als ein durchaus ehrenhafter Mann bekannt gewesen war.

Herr Hell hat es für gut befunden, eine Reihe von sozialdemokratischen Schriftstellern vor Gericht zu ziehen, die der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß sein Verhalten mit der christlichen Morallehre im Widerspruch stehe und daß er der eigentliche Verantwortliche für die Erschießung der zwölf Perlacher sei. Die Hauptverhandlung verlief für ihn, wie man sich denken kann, nicht gerade angenehm. Am schmerzlichsten wird für ihn wohl die Aussage des katholischen Geistlichen von Perlach gewesen sein, der als Zeuge mit Nachdruck bekundete:

„Hätte ich eine Ahnung davon gehabt, daß Männer von Perlach den Kopf in der Schlinge haben, so hätte ich alles, was in meiner Macht stand, getan, um sie zu retten, damit nicht Unschuldige getötet werden."

Wenn sich also die Protestantin Frau Keil statt an ihren eigenen Seelenhirten an den katholischen Geistlichen gewandt hätte, würden ihr Mann und die elf anderen heute noch am Leben sein. Trotz des Ergebnisses der Beweisaufnahme ließ Herr Hell durch seine Vertreter gegen die Genossen Schüßinger und Wendel Freiheitsstrafen in Antrag bringen!

Die Strafen gegen die Männer, die ihrer Empörung über das Verhalten Hells kräftig Ausdruck gegeben haben, sind hoch, viel zu hoch. Aber Herr Hell wird an dem Urteil dennoch keine Freude empfinden. Die Feststellungen des Gerichts, daß er durch seine Angaben Männer belastet hat, die ihm nach eigenem Geständnis nicht bekannt waren und daß er jedes Eingreifen zugunsten der von einem gewaltsamen Tode Bedrohten abgelehnt hat, die er, wie das Gericht mit übergroßer Vorsicht sagt, vielleicht vor ihrem Schicksal hätte bewahren können, sind für ihn um so zerschmetternder als das Bestreben des Gerichts, ihn zu schonen, unverkennbar ist. Was hilft es ihm, daß das Gericht für seine Erregung Verständnis gezeigt hat, die die Erinnerung daran, daß sein Leben in Gottes Hand ist, wohl hätte mildern können! Was kann es ihm frommen, daß das Gericht es abgelehnt hat, die Auffassung sich zu eigen zu machen, daß er der wahre Schuldige an der Erschießung der zwölf Arbeiter sei! Er hat auch nach der Ansicht des Gerichts zwei sehr wesentliche Bedingungen zu der Begehung der furchtbaren Tat gesetzt und sich damit in den Augen jedes objektiv Denkenden zumindestens mitschuldig gemacht, und ebensowenig kann ihm die Auffassung des Gerichts von irgendwelchem Nutzen sein, daß ihm ein Widerspruch zwischen seinem Verhalten und der von ihm zu vertretenden Morallehre nicht nachgesagt werden könne. Jesus von Nazareth würde hierüber ein anderes Urteil gefällt haben als das Amtsgericht München.

So kann ich denn den Bericht über den Perlacher Mord und die Würdigung des Verhaltens des Pfarrers Hell in der traurigen Angelegenheit mit den Worten schließen:

Die Angeklagten sind verurteilt, der Pfarrer Hell aber ist gerichtet.

Neuer Anschlag auf den Achtstundentag

Sozialdemokratischer Protest gegen die 60 Stundenwoche im Bäckereigewerbe.

Auf der Tagesordnung des gestrigen Reichstags stand die Beratung des Gesetzentwurfs über die Aenderung der Rechtsanwaltsordnung. Danach soll die Zahl der Vorstandsmitglieder der Anwaltskammern erhöht und die Bildung neuer Ehrengerichtsabteilungen zugelassen werden.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung noch immer nicht eine völlige Neuordnung der Rechtsanwaltsordnung vorlege und sich immer mit bloßen Aenderungen begnüge. Der Redner schildert die reaktionäre Praxis der Ehrengerichte, die sich besonders gegen solche Rechtsanwälte richtet, die an der deutschen Justiz Kritik zu üben wagen. Die Rechtsanwälte müssen auch gegen diese Ehrengerichte in ihrer freien Meinungsäußerung beschützt werden. Auch die Freizügigkeit der Rechtsanwälte für das ganze Reich muß endlich sichergestellt werden. Die Sozialdemokratie wünscht Auskunft darüber, wann die Regierung die völlige Umgestaltung der Rechtsanwaltsordnung schaffen will.

Staatssekretär Joel erklärt dazu, daß daran erst gedacht werden könne, wenn die Zivilprozeßordnung umgestaltet würde. Ueberdies bestünden in den Kreisen der Rechtsanwälte selbst lebhafte Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die Anwaltsordnung neugestaltet werden solle.

Die Vorlage wird darauf in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Beratung des von den Abgeordneten Rieseberg (Dnat.), Biener (Dnat.), Esser (Z.), Sonner (Z.), Dr. Pfeffer (DVp.) und Loibl (Bayer. Vp.) eingebrachten Antrags auf

Abänderung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Abg. Biener (Dnat.) begründet den Antrag mit der Behauptung, daß sich eine Aenderung der heutigen Arbeitszeitbestimmungen in Bäckereien und Konditoreien als notwendig erwiesen habe. Es sei nicht möglich, durch Aushilfskräfte die Arbeiten zu erledigen, die an manchen Tagen vorlägen, deshalb müsse die Möglichkeit geschaffen werden, den Ausfall an Arbeitsstunden an einzelnen Tagen durch Mehrarbeit an anderen Werktagen auszugleichen. Die Arbeitsbereitschaft von 60 Stunden in der Woche soll durch Tarifvertrag festgelegt werden. Der Redner behauptet schließlich, daß auch die Einführung einer zweistündigen Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen unbedenklich sei.

Abg. Unterleitner (Soz.):

Seit mehr als 30 Jahren geht der Kampf um eine menschenwürdige Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. Erst die Regierung der Volksbeauftragten hat die Forderungen der Gehilfen erfüllt, die Nacht- und Sonntagsarbeit beseitigt und die achtstündige Arbeitszeit auch in diesem Beruf sichergestellt und damit eine Kulturtat ersten Ranges vollbracht. (Sehr wahr bei den Soz.) Heute scheinen die Herren Bäckermeister und mit ihnen die Regierung des Besitzbürgerblocks die Zeit für gekommen zu erachten, um die Maßnahmen jener Zeit wieder abzubauen. Noch sind die erbitterten Kämpfe gegen das Arbeitszeitnotgesetz nicht vergessen und schon kommt wieder

ein neuer Anschlag auf eine menschenwürdige Arbeitszeitregelung.

Der deutschnationale Abg. Rieseberg hat die Verordnung der Volksbeauftragten als Zuchthausvorlage bezeichnet. (Hört, hört!) Das ist noch der Geist aus der Zeit vor dem Jahre 1896, wo der deutsche Handwerkertag sogar gegen die als Folge der Untersuchungen von August Bebel über die Lage im Bäckereigewerbe erfolgte Einführung des zwölfstündigen Normalarbeitstages Protest erhob. Sogar diese zwölfstündige Arbeitszeit wurde von den Bäckermeistern als eine schwere Schädigung des Gewerbes bezeichnet. Jetzt fordern sie, daß die Arbeitszeit in unbeschränkter Form auf die Werktage von zwei Wochen verteilt werden kann, ohne eine tägliche Höchstarbeitszeit festzusetzen, daß der Bäckereiberuf unter dem Begriff Arbeitsbereitschaft zu stellen und dadurch die Arbeitszeit auf 60 Stunden in der Woche auszudehnen sei, und daß schließlich die Herstellung leicht verderblicher Konditorwaren an Sonn- und Feiertagen zugelassen werden solle.

Die Forderung der Wochenarbeitszeit bedeutet eine unbeschränkte Verlängerung des einzelnen Arbeitstages.

Denn wer will feststellen, ob bei einer längeren Tagesarbeit frühere Versäumnisse nachgeholt wurden? Würde der angebliche Ausfall innerhalb zweier Wochen nachgeholt werden können, so läuft das auf eine **vierzehntägige Arbeitswoche** hinaus. Die Zulassung der sechzigstündigen Arbeitswoche durch den Arbeitsminister oder durch Tarifvertrag bedeutet in der Praxis ihre Einführung. Gegen diese Barbarei müßte sich vor allem das Reichsgesundheitsamt und die Reichsregierung wenden.

Bei der Sonntagsarbeit wird es mit zwei Stunden beginnen und mit dem ganzen Tag enden, wenn das Verbot der Sonntagsarbeit einmal gesetzlich aufgehoben wird. Nur damit Eis, Creme und Fruchtkuchen abgegeben werden können, soll die Sonntagsarbeit freigegeben werden. Wir erwarten, daß sich kein Arbeitervertreter findet, der dem zustimmt. (Sehr wahr bei den Soz.) Die Gefährlichkeit des Antrages wird noch gesteigert, weil es sich bei den Bäckereien und Konditoreien um sehr viele Kleinbetriebe handelt, die sehr schwer zu kontrollieren sind. Die Annahme würde eine

gesetzlich garantierte Ausbeutungsfreiheit

bedeuten. Von den 1925 in der gewerblichen Betriebszählung amtlich erfaßten 94 083 Bäckereibetrieben sind 60 Proz. Zwergbetriebe, zirka 20 000 arbeiten gänzlich ohne Hilfskraft, 13 700 beschäftigen nur einen Lehrling und zirka 30 000 beschäftigen bis zu drei Personen. Eine ausreichende Kontrolle ist hier nicht möglich, und daher ist für diesen Beruf eine besondere Gesetzgebung nötig. Seit der Einführung des Achtstundentages ist die Produktivität stark gesteigert worden, so daß die heutigen Verhältnisse mit den früheren nicht verglichen werden können. Selbst der kleinste Betrieb arbeitet mit einer Maschine. Diesen Fortschritt begrüßen wir; aber er darf nicht den Zweck haben, die Bäckermeister schneller reich zu machen, sondern er soll vor allem den Zweck haben, dem arbeitenden Menschen Erleichterung zu bringen. (Sehr richtig bei den Soz.)

Wir wollen nicht nur den mechanisch-technischen, sondern auch den sozialen und kulturellen Fortschritt.

Daß die Bäckermeister seit der „Zuchthausvorlage" der Volksbeauftragten, die den Achtstundentag einführte, an Wohlhabenheit nichts eingebüßt haben, das beweisen die Zahlen ihrer eigenen Statistik. 1925 waren von 85 000 Bäckermeistern 52 230 oder 61,5 Proz. Hausbesitzer, 1926 waren es bereits 63 809, also 73,4 Proz. In einem einzigen Jahre also eine Zunahme von 12 Proz. (Hört, hört!) So gut es aber den Meistern geht, so schlecht geht es den Gehilfen. Auf ihnen lastet die ganze Wucht der kurzsichtigen Wirtschaftspolitik. Zu einer erschütternden Tragödie für zehntausende Bäcker- und Konditorgehilfen wird die chronische Arbeitslosigkeit in ihrem Berufe. Im Monatsdurchschnitt des Jahres 1926 belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf 22 785, in den ersten drei Monaten 1927 sogar auf ca. 29 000. (Hört, hört!) Jetzt treten wieder 15 000 Lehrlinge zu den Gehilfen über und werden das Heer der Arbeitslosen noch vermehren. **Leider ist die Forderung der Gehilfenverbände, daß ein Betrieb ohne Gehilfen auch keinen Lehrling halten darf, bisher noch nicht erfüllt worden.** Jetzt will man auch noch die Arbeitszeit um 12 Stunden verlängern, trotzdem es für das Bäckereigewerbe nur dann eine Möglichkeit gibt, die Arbeitslosigkeit erheblich einzuschränken, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird.

Die Gehilfenschaft lehnt ohne Unterschied der Richtung diesen Antrag entschieden ab, auch wir fordern aus wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Gründen, daß diesem Antrag nicht stattgegeben wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Rädel (Komm.) wendet sich gleichfalls gegen den Antrag, der die Verhältnisse wieder schaffen will, wie sie vor dreißig Jahren bestanden haben.

Abg. Dunkel (W. Vg.), der wie die Abg. Rieseberg und Biener Bäckermeister ist, bezeichnet die jetzigen Verhältnisse als unhaltbar; sie müßten geändert werden. Man habe nicht die Absicht, die Zustände der Vorkriegszeit wieder herzustellen.

Der Antrag wird dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf über Kriegsgerät geht an den Auswärtigen Ausschuß.

Um 16¾ Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend mittag 12 Uhr. Pachtschutzordnung, sozialdemokratischer Antrag auf Festsetzung des 11. August als Nationalfeiertag.

Norwegisch-russischer Zwischenfall.

Der russische Gesandte wird ersetzt.

Oslo, 17. Juni. (TU.) Staatsminister Lykke erklärte in der Storthingsitzung, er habe den Sowjetgesandten Makar darauf aufmerksam gemacht, daß seine Rede und seine tendenziösen Aeußerungen gegen England bei der Trauerfeier für Woikow einen peinlichen Eindruck gemacht haben. Der Storthing genehmigte ferner eine Mißbilligungserklärung an den Führer der norwegischen Arbeiterpartei Alfred Madsen, der ebenfalls eine Rede anläßlich der Trauerfeier für Woikow gehalten hat.

Aus Moskau verlautet hierzu, daß Makar durch einen anderen Gesandten ersetzt werden soll. Makar werde in diesen Tagen Litwinow Bericht erstatten.

Tschitscherin hat Berlin verlassen.

Tschitscherin hat gestern Berlin verlassen, um nach mehrmonatlicher Abwesenheit nach Moskau zurückzukehren. Vor seiner Abreise hatte er noch mehrere Unterredungen mit offiziellen deutschen Persönlichkeiten, darunter Reichskanzler Marx und dem in Berlin auf Urlaub weilenden deutschen Botschafter in Moskau, Grafen Brockdorff-Rantzau. Letzterer unterrichtete den russischen Volkskommissar im Auftrage der Reichsregierung über den Verlauf der Genfer Besprechungen Stresemanns mit den Locarno-Mächten bezüglich Sowjetrußland.

Moskau dementiert die Verhaftungen von Reichsdeutschen.

Moskau, 17. Juni. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die Meldung Berliner Blätter von der Verhaftung von fünf deutschen Staatsangehörigen ist falsch. Mitteilungen aus authentischer Quelle zufolge ist kein einziger ausländischer Staatsangehöriger, insbesondere kein Reichsdeutscher, verhaftet worden.

Die Liga für Menschenrechte gegen die Geiselhinrichtungen.

Wie der „Reichsdienst der deutschen Presse" meldet, hat Generalmajor a. D. Freiherr v. Schönaich im Namen der Deutschen Liga für Menschenrechte dem russischen Botschafter in Berlin Krestinski eine Entschließung der Liga unterbreitet, in der Einspruch erhoben wird gegen die Massenhinrichtungen, die geeignet seien, „die stets wachsende Sympathie für das neue Rußland zu beeinträchtigen".

Eine faschistische Lüge.

„Bündnis zwischen Jugoslawien und österreichischen Sozialdemokraten." (!!)

Wien, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die römische „Tribuna" hatte am Donnerstag mitgeteilt, daß die jugoslawische Regierung mit dem sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbund in Oesterreich eine Vereinbarung zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Italien getroffen hätte. Der Präsident des Schutzbundes hat daraufhin am Freitag erklärt, daß die ganze Sache erfunden und erlogen ist. Es handle sich offenkundig um eine faschistische Mache, um nicht nur Jugoslawien als Kriegshetzer hinzustellen, sondern auch die österreichischen Sozialdemokraten als Bundesgenossen der Jugoslawen.

Der Reichsparteitag des Zentrums ist für den 3. Juli nach Berlin einberufen worden, um die neuen Gesetzesvorlagen, insbesondere das Reichsschulgesetz, zu beraten; ferner sollen laufende Parteifragen behandelt werden.

Zum zweiten Bürgermeister von Hindenburg (Oberschlesien) wurde der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Gen. Franz gewählt.

15. Verbandstag der Holzarbeiter.

Vierter Verhandlungstag.

Ueber die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwicklung sprach am Mittwoch nachmittag Genosse Professor Dr. Nölting, Leiter der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Der Extrakt des sehr instruktiven Vortrages ist enthalten in folgender Entschließung:

„Die veränderte Struktur der Weltwirtschaft verleiht der Aufnahmekraft unseres Inlandmarktes eine schlechthin entscheidende Bedeutung. Dem durch Rationalisierung und wissenschaftliche Betriebsführung in seiner Ergiebigkeit gesteigerten Produktionsapparat steht eine zusammengeschrumpfte Kaufkraft der breiten Massen gegenüber, die verheert wurde durch den Raubzug der Inflation und den noch weiterhin dauernden Lohndruck. Statt mit Preissenkung und Lohnerhöhung an der Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu arbeiten, geht das Unternehmertum den Weg monopolistischer Preisdiktate und konsumfeindlicher Produktionsdrosselung. Die Resultate der Rationalisierung dienten bisher nur dem privaten Unternehmerprofit, nicht aber der Marktausweitung und allgemeinen Wohlfahrtssteigerung. Ein mit den Mitteln des Lohndrucks und des Preiswuchers betriebener „Kapitalschutz" muß aber auf die Dauer zusammenbrechen und das Volk in den Wirtschaftskampf führen.

Den Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, mit der Durchsetzung der Forderung nach höheren Löhnen auf eine Verteilung des Sozialprodukts hinzuwirken, die nicht nur den Geboten sozialer Gerechtigkeit, sondern auch den ökonomischen Notwendigkeiten entspricht.

Der Lohn ist nicht nur Kostenelement, sondern Konsumfaktor.

Das Mißverhältnis zwischen gesteigerter Produktionsmacht und geschwächter Kaufkraft ist nur zu beseitigen durch Gewährung ausreichender Lohnbezüge an die arbeitenden Massen. Indem sie diese Forderung erheben, dienen die Gewerkschaften ebenso sehr den speziellen Interessen der Arbeiterklasse wie der Gesamtwirtschaft."

In der Diskussion führte Pieck aus, die Arbeiter könnten nicht auf die Preise wirken, da die Produktion eine anarchische sei. Den Lohn durch Wahlstimmen beeinflussen zu können, sei eine Illusion. Zu der Wendung des Referenten, er könne, wenn er die Diktatur habe, mit dem 89 Proz. Agrarland Rußland ganz andere Experimente machen, als mit dem 67 Proz. Industrieland Deutschland, erklärte Pieck,

die Sowjet-Union ist abhängig von der ganzen Welt.

Ein solches Land brauche die kapitalistischen Kräfte des Auslands.

Nachdem Hennig (Berlin) und Verbandsvorsitzender Tarnow zu dem Thema gesprochen hatten, führte Professor Dr. Nölting in seinem Schlußwort aus, er weise die Theorie von sich, daß der Kapitalismus zusammenbrechen werde. Wenn er von der Verengung des Kapitalismus spreche, so meine er, daß diesem die Fernmärkte nicht mehr in dem bisherigen Umfang zur Verfügung stehen. Folglich ist der Inlandsmarkt unser Schicksal. Es müssen also die Löhne und damit die Kaufkraft erhöht werden. Was Tarnow über das Hinauskommen über den Marxismus gesagt habe, treffe zu. Das zu bestreiten, hieße, ein vor 60 Jahren verfaßtes Lehrbuch in der Naturlehre heute noch als richtig anerkennen. Das erstemal war es Aristoteles und das zweitemal die Bibel, die das menschliche Denken aufgehalten haben. Wir lassen uns aber nicht auf dem Scheiterhaufen verbrennen, sondern wir propagieren den lebendigen Sozialismus. Wenn man den Arbeitern sage, es gehe ihnen heute schlechter, als früher, erziehe man nur Deserteure, aber nicht Kämpfer mit Klassenbewußtsein. Das fortwährende Betonen der Negativität lähme die Agitation. Es ist nicht nur ein objektiver, sondern auch ein psychologischer Irrtum, zu glauben, man könne mit einer verelendeten Masse etwas erreichen. Wenn die Kornzölle verdoppelt werden, wirkt das nicht auf den Lohn ein? Wohin wären die Löhne gekommen, wenn Erwerbslosenunterstützung und Krisenfürsorge nicht gewesen wären. Wenn gesagt werde, die Kapitalisten würden im gegebenen Moment das Wahlrecht ändern, nun wohl: Wenn die Unternehmer den illegalen Weg gehen, dann müssen die Arbeiter den letzten Schluß im Machtkampf ziehen. Nicht Pessimismus ist am Platze, sondern erhöhte wirtschaftliche Aktivität. (Lebhafter Beifall).

Die obige Entschließung wurde gegen wenige Stimmen angenommen; damit ist eine von Pieck eingebrachte Entschließung abgelehnt.

Hierauf wurde die ausgesetzte Aussprache über den Gewerkschaftskongreß zu Ende geführt. Eine Resolution Pieck wurde abgelehnt, verschiedene Anträge für erledigt erklärt. Angenommen wird der Antrag des Gautages Düsseldorf, der Gewerkschaftskongreß soll wiederholt zum Ausdruck bringen, daß sämtliche Betriebs-, Innungs- und Ortskrankenkassen zu einer einheitlichen Kasse zusammenzufassen sind.

Die Delegierten zum Gewerkschaftskongreß setzen sich zusammen: Vorstand 3, Redaktion 1, Verwaltungsstelle Berlin 1, Gaue 14.

Der internationale Holzarbeiterkongreß.

Zu diesem Punkt liegt eine Entschließung des Vorstandes und der Vorberatungskommission vor, nach der der Verbandstag in der nationalen und internationalen Einheit der Arbeiterbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für das schnelle und erfolgreiche Fortschreiten der Bewegung sieht. Deshalb bedauert er aufs tiefste die Spaltung namentlich der politischen Organisation, die sich hemmend und schwächend auf die gewerkschaftliche Bewegung auswirkt. Er brandmarkt alle falschen Arbeiterfreunde und fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, unter Anerkennung des demokratischen Prinzips und Respektierung des Mehrheitswillens, für die organisatorische Einheit auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung einzutreten. Der Verbandstag verurteilt aufs schärfste alle Versuche politischer Parteien, in die Organisation und das Arbeitsgebiet der Gewerkschaften gegen deren Willen einzugreifen. Er fordert den IGB. auf, seine Bemühungen zur Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit fortzusetzen. Aber er erwartet, daß nur solche gewerkschaftlichen Landesverbände in den Bund aufgenommen werden, die Gewähr für ein aufrichtig kameradschaftliches Zusammenarbeiten bieten und anerkennen, daß keine Gewerkschaft das Recht hat, sich in die Angelegenheiten der Gewerkschaften eines anderen Landes gegen deren Willen einzumischen.

Verbandsvorsitzender Tarnow berichtet auf Wunsch über seine Amerikareise. Die amerikanischen Gewerkschaften lehnen Parteipolitik und den Sozialismus ab. Aber dennoch haben sie Ziele. Die Geschlossenheit ist bewundernswert. Zu der Anfrage, ob man das internationale Sekretariat der Holzarbeiter in Amsterdam nicht zu verlegen gedenke, bemerkt Tarnow, es liege kein Anlaß vor, einen dahingehenden Antrag zu stellen. Wenn wir die Resolution Pieck über das imperialistische Vorgehen der Mächte in China ablehnen, so ändert das nichts an unserer Gegnerschaft gegen alle Kriege und Eroberungsgelüste.

Die Resolution des Vorstandes und der Vorberatungskommission wurde angenommen, die vorliegenden Anträge für erledigt erklärt. Die Entschließung Pieck wird abgelehnt.

Die Delegation setzt sich zusammen: Geschäftsführender Vorstand drei, unbesoldeter Vorstand 1, Redaktion 1, Beirat 4.

Streik bei der Anhaltischen Maschinenfabrik.

Die Dreher und Maschinenarbeiter der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik A.-G., Reuchlinstraße, befinden sich seit Dienstag im Streik.

Vor ungefähr fünf Wochen stellten die Dreher und Maschinenarbeiter eine Forderung von 15 Proz. Akkordpreiserhöhung. Bei der Verhandlung mit der Firmenleitung wurden 3 Pf. bewilligt, was die Kollegen einstimmig ablehnten. Die Angelegenheit wurde nunmehr dem VBMJ. überwiesen, woselbst am Freitag voriger Woche Verhandlungen stattfanden. Hier machte die Firmenvertretung das weitere „Zugeständnis" von 1 Pf., mit der Begründung, daß es das höchste sei, was die Firma bewilligen könne.

Unter diesen Umständen sahen sich die Kollegen gezwungen, in geheimer Abstimmung das minimale Angebot der Firma abzulehnen und den ihnen von der Firma aufgezwungenen Streik zu beschließen.

Wenn man in Betracht zieht, daß die jetzt noch strittige Forderung der Dreher für die Firma eine wöchentliche Ausgabe von insgesamt 60 Mark bedeutet und andererseits bei längerer Dauer des Streiks auch andere Betriebsabteilungen des Werks in Mitleidenschaft gezogen und so eventuell 600 Arbeiter zum Feiern gezwungen werden, so kann das frivole Verhalten der Firma nicht scharf genug gebrandmarkt werden.

Anscheinend will die neue Betriebsleitung mit derartigen Methoden ihre ganz besondere Tüchtigkeit beweisen.

Ergebnislose Verhandlungen mit dem VBMJ.

Ueber den Manteltarif der Angestellten.

Freitag nachmittag wurde zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Angestelltenorganisationen über den Neuabschluß des zum 30. Juni gekündigten Manteltarifes für die Angestellten der Berliner Metallindustrie verhandelt. Die Gewerkschaften hatten gefordert, daß an Stelle des Leistungstarifes wieder der Staffeltarif eingeführt werden soll, in der Form wie er bis zum 31. Dezember 1924 bestanden hat. Der VBMJ. lehnte nicht nur diese Forderung glatt ab, sondern stellte sogar den Gegenantrag, die noch vorhandene Staffelung in den Gruppen 1 und 2 ebenfalls zu beseitigen. Gleichfalls abgelehnt wurde die Forderung, den weiblichen Angestellten nicht mehr 10 Proz. weniger Gehalt als den männlichen in gleichen Funktionen zu zahlen, sondern sie mit diesen gleichzustellen. Das gleiche Schicksal erfuhr die Forderung, die Bestimmung des § 4 des jetzigen Tarifvertrages zu streichen, die zuläßt, daß Leistungszulagen bei Gehaltserhöhungen angerechnet werden können, wie es bei den meisten Firmen des VBMJ. fast zur Regel geworden ist.

Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Arbeitszeitfrage. Hier war die Einführung der 45stündigen Arbeitswoche verlangt worden. Weiter war gefordert, daß für etwa notwendig werdende Ueberstunden, die ausnahmslos nur mit Zustimmung des Betriebsrates gemacht werden sollten, bis zu 48 Stunden ein Stundenlohn vergütet und für Ueberarbeit über 48 Stunden außerdem ein Zuschlag von 25 Proz. gezahlt werden sollte. Für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen, sowie an sonst arbeitsfreien Nachmittagen wurde ein Zuschlag von 50 Proz. verlangt.

Die VBMJ.-Vertreter lehnten es einfach ab, über die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden zu verhandeln und waren ebenfalls zu keinem Zugeständnis bereit in der Frage der Ueberstundenbezahlung. Die Wiederherstellung der im früheren Tarifvertrag festgelegten Urlaubsregelung lehnten die VBMJ.-Vertreter nicht nur gleichfalls ab, sondern erklärten weiter, in der nächsten Verhandlung selbst noch Abänderungsanträge stellen zu wollen.

Da auch über die anderen Forderungen der Gewerkschaften keine Einigung zu erzielen war, wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen und zwischen den Parteien vereinbart, daß am nächsten Donnerstag nachmittag vor dem Schlichtungsausschuß weiter verhandelt werden soll.

Ueber dieses negative Ergebnis der Verhandlungen berichtete gestern abend in einer gut besuchten Versammlung der A/A-Funktionäre im Nordischen Hof Genosse Günther vom Vutab. Dem Bericht folgte nur eine kurze Debatte, da die Funktionäre auf Grund des bisherigen stets ablehnenden Verhaltens des VBMJ. zu den Forderungen seiner Angestellten wie auch nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitern der Berliner Metallindustrie ein solches Ergebnis vorausgesehen hatten.

Die Funktionärversammlung beschloß, am nächsten Freitag abend im Nordischen Hof zu dem Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen Stellung zu nehmen.

Tarifvertrag für Monteure.

Am Donnerstag fanden zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband Verhandlungen statt zwecks Abschluß eines Vertrages für Arbeiten außerhalb des Betriebes, die durch Monteure verrichtet werden. Nach längeren Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, für Ueberstunden wird ein Zuschlag bezahlt von 15 Proz. und für solche Ueberstunden, die in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh fallen, 50 Proz. Weiter wurde die Fahr- und Reisezeit geregelt sowie die Löhne und Auslösungssätze. Der höchste Auslösungssatz der Monteure beträgt außerhalb Berlins 6,90 M. pro Tag; hinzu kommt ein Kurzmontagezuschlag, wenn die Montage nicht länger wie drei Wochen dauert von 1,75 M. pro Tag. Dieser neue Tarifvertrag der Monteure ist in dem Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu haben.

Bewegung in der Binnenschiffahrt.

Duisburg, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Bewegung in der Binnenschiffahrt nimmt einen immer weiteren Umfang an. Allerorts rühren sich die Schiffsmannschaften, um ihre Lage zu verbessern. In allen Häfen finden Versammlungen statt. Bisher wurden fast sämtliche Tarife gekündigt. Auch das Deck- und Maschinenpersonal der Fahrzeuge der Westdeutschen Kanalschiffahrt hat die Kündigung seines Tarifvertrages beschlossen, der am 30. Juni abläuft. Das Personal der staatlichen Schleppämter Duisburg, Ruhrort und Hannover hat in mehreren Versammlungen einstimmig beschlossen, seinen Tarifvertrag zu kündigen und vom Reichsverkehrsministerium die gleiche Behandlung, wie sie den übrigen Staatsarbeitern zuteil wird, zu verlangen, vor allem Verkürzung der Arbeitszeit und Bezahlung der Ueberarbeit nach Ablauf der achtstündigen Arbeitszeit. Das Personal ist sehr erbittert, weil der Reichsverkehrsminister Koch einen Schiedsspruch abgelehnt hat, der eine Erhöhung der Löhne um 2,50 Mk. die Woche vorsah, obgleich seit 1925 keine Lohnerhöhung eingetreten ist.

In einer Versammlung im Gewerkschaftshaus zu Bremen beschlossen die Weserschiffer die Kündigung des Tarifvertrages. Auch der Niederländische Transportarbeiterverband in Rotterdam hat das für die Arbeiter der Rheinschiffahrt bestehende Abkommen gekündigt und neben Lohnforderungen auch das Verlangen nach Verbesserung des Tarifvertrages gestellt.

Es scheint, als ob man an den zuständigen Stellen im Reich die schwere Gefahr der kritischen Lage in der Rheinschiffahrt völlig verkennt. Aller Voraussicht nach ist mit schweren und in ihrer Auswirkung unübersehbaren Lohn- und Tarifkämpfen in der Rheinschiffahrt zu rechnen, falls es nicht gelingt, die berechtigten Wünsche des Personals zur Geltung zu bringen.

Zur Auslegung des Washingtoner Abkommens.

London, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die britische Regierung wurde am Freitag im Unterhaus von einem Abgeordneten der Arbeiterpartei wegen der auf der Genfer Arbeitskonferenz erwähnten Geheimklausel wegen des Washingtoner Abkommens interpelliert. Der Sprecher der Regierung stellte zunächst fest, daß die Beschlüsse der Arbeitsministerkonferenz in London seinerzeit der Oeffentlichkeit übergeben worden sind. Es sei damals vereinbart worden, sich gegenseitig Listen derjenigen Arbeitsleistungen zu übermitteln, die unter Artikel 4 der Washingtoner Konvention gehörten. Diese Listen hätten auf der Konferenz nicht fertiggestellt werden können und seien dann auf dem offiziellen Wege übermittelt worden.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonnabend, Sonnenwendfeier des Arbeiter-Kulturkartells im Volkspark Neukölln. 19½ Uhr Treffen am Untergrundbahnhof Kreuzberg. Fahnen, Wimpel, Musikinstrumente mitbringen. Jede Gruppe stellt drei Ordner; dieselben treffen sich um 17½ Uhr im Volkspark, Eingang Gotzkower Straße.

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Sonnabend, beteiligen wir uns alle an der Sonnenwendfeier des Arbeiter-Kulturkartells Berlin im Neuköllner Volkspark. Wir treffen uns 20½ Uhr auf der Promenade Dorfstraße Ecke Belle-Alliance-Straße. Wimpel und Fahnen sind mitzubringen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Pölcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen".

Übler Mundgeruch wirkt abstoßend. Häßlich gefärbte Zähne entstellen das schönste Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste **Chlorodont** beseitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wundervollen Elfenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten **Chlorodont-Zahnbürste** mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube zu 60 Pf. **Chlorodont-Zahnbürste** für Kinder 70 Pf., für Damen Mk. 1.25 (weiche Borsten), für Herren Mk. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift **„Chlorodont"**. Ueberall zu haben.

Hunderttausende
haben sich überzeugt, daß unsere
GOLD-SABA-4 ₰
aus unserer neuen Mischung von Tabaken jüngster Ernte, frisch manipuliert, die wohlschmeckendste, bekömmlichste und leichteste Zigarette ist, die zur Zeit dem Feinschmecker geboten werden kann
GARBÁTY
Achten Sie auf das Garantieband!

Das Urteil im Kolomak-Prozeß.

Eine Gesamtstrafe von acht Monaten Gefängnis.

Bremen, 17. Juni (BS.)

Um 21½ Uhr, nachdem die Oeffentlichkeit wieder hergestellt war, erschien das Gericht im Saal und der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Wedemayer verkündete folgendes Urteil: Die Angeklagte wird wegen Kuppelei nach § 180 und 181 mit einer Gesamtstrafe von acht Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Untersuchungshaft wird auf die Strafe angerechnet.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende folgendes aus:

„Die Kuppelei ist allgemein schon strafbar, wenn Gewohnheit oder Eigennutz bei den Kupplern nicht festzustellen ist. Die Angeklagte mußte wegen Kuppelei an der eigenen Tochter verurteilt werden, auch wenn hier der Eigennutz nicht mit absoluter Sicherheit festzustellen war. Im Falle der Gertrud Wolf lag dagegen Eigennutz unzweifelhaft vor. Schon das Dulden eines Unzuchtbetriebes ist bei dem Kuppler strafbar, und die Angeklagte mußte bestraft werden, weil es die Pflicht der Eltern ist, ihre Kinder mit der genügenden Sorgfalt zu beaufsichtigen und zu verhindern, daß diese etwa auf die schiefe Ebene geraten. Die Angeklagte war schon aus dem Grunde allein strafbar, weil sie das Bewußtsein haben mußte, daß ihre Tochter nicht auf dem rechten Wege war, sondern daß Unzucht mit ihr getrieben wurde. Bei der Gertrud Wolf handelt es sich um eine Vorschubleistung der Unzucht durch die Angeklagte.

Das Gericht ist davon ausgegangen, daß die Mutter durch die erste Berliner Reise der Tochter bereits gewarnt sein mußte, zumal die Lisbeth Kolomak bei ihrer Vernehmung durch die Polizei damals angegeben hatte, daß sie schon vorher in Bremen mit einem Herrn Verkehr gehabt hat. Pflicht der Mutter war es, dafür zu sorgen, daß die Tochter nun in feste Hände kam und daß es ihr verwehrt wurde, auf dem bereits beschrittenen Wege weiterzugehen. Diese Pflicht hat die Angeklagte nicht erfüllt, vielmehr ist es mit der Lisbeth nach der Berliner Reise schnell bergab gegangen. Sie hat feste Verhältnisse mit mehreren Herren gehabt, und verschiedene Prostituierte haben als Zeuginnen bekundet, daß sie wie andere Straßenmädchen in Cafés herumgesessen und auf Herren gewartet hat. Sie hat mit verschiedenen Herren Reisen gemacht, auf denen sie mit den in Frage kommenden Männern Verkehr gehabt hat, und die Mutter hat darum gewußt. Die Lisbeth Kolomak hat sich mit ihrer Freundin dann eine Spritztour nach Berlin erlaubt, sie ist mit einem Kaufmann nach Wilhelmshaven gefahren, und auch hierbei hat sie zweifellos Unzucht getrieben.

Was nun das Verhältnis der Angeklagten zu der Gertrud Wolf betrifft, so ist festgestellt, daß die Wolf bei der Kolomak eine feste Wohnung hatte. Durch den innigen Verkehr der Lisbeth mit der Gertrud mußte die Mutter wissen, was ihre Tochter trieb. Das genügt allein. Das Gericht hat die Leumundszeugen zwar gewertet, aber trotzdem konnte das Bild, das die Verhandlung ergeben hatte, nicht aus der Welt geschafft werden, nämlich, daß die Angeklagte ihre Tochter verkuppelt hat. Die Aussagen der Zeugin Ziemer hat das Gericht nicht verwertet, da zwischen der Ziemer und der Kolomak zweifelsohne eine starke Spannung besteht, und daß die Ziemer bei der Abfassung des Buches Kenntnis von der betrügerischen Absicht der Kolomak gehabt hat. Was nun die Zeugin Gertrud Wolf betrifft, so nimmt das Gericht an, daß diese gegen Frau Kolomak nichts sagen wollte, denn die Wolf steht mit ihren Aussagen auch nicht allein, da ihre Angaben durch mehrere andere Zeugen voll gestützt werden. Die Kuppelei bei der Gertrud Wolf war auch ferner getätigt durch die Aufnahme dieses Mädchens in die Wohnung des Ehepaares Kolomak.

Strafmildernd hat das Gericht berücksichtigt, daß die Sache Jahre zurückliegt, daß die Ereignisse sich in der Dollarzeit abgespielt haben, wo viele, selbst gefestigte Charaktere dem Dollar unterlegen sind, und daß Frau Kolomak durch den Tod ihres Kindes schon schwer gestraft worden ist. Bei der Zeugin Wolf war die Ausnutzung dagegen klar erwiesen, und das Verkuppeln der eigenen Tochter mußte ihr schwer angerechnet werden. Deshalb ist auch die Angeklagte wegen Verkuppelung der eigenen Tochter zu sieben Monaten, wegen Verkuppelung der Gertrud Wolf zu drei Monaten verurteilt worden. Die Angeklagte konnte von der Amnestie nicht betroffen werden, da diese nur auf Strafen bis zu drei Monaten Anwendung findet und von übergroßer Not bei den Eheleuten Kolomak nicht die Rede sein konnte."

Die Angeklagte nahm das Urteil völlig gefaßt auf. — Wie wir erfahren, wird Rechtsanwalt Hertel gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

Die Plaidoyers.

Aus dem Plädoyer des Ersten Staatsanwalts Dr. Drechsler und den Schluß der Verhandlung tragen wir noch folgendes nach: Der Staatsanwalt sagte:

„Der Prozeß, den wir vor uns haben, hat in weitestem Umfang das Interesse der Presse gefunden. Die Presse muß ein besonderes Interesse an dem Fall haben, das ich allerdings nicht verstehen kann. Es handelt sich leider um den nicht ganz ungewöhnlichen Fall, daß eine Mutter ihr Kind verkuppelt hat. Die Presse muß also ein anderes Interesse an dem Fall haben. Zwei Punkte fehlen in dem Fall: Einmal, daß das Buch „Vom Leben getötet" in weiteste Kreise gedrungen ist, dann aber die Tatsache, daß Lisbeth unter ungewöhnlichen Umständen gestorben ist. Ich konstatiere mit Befriedigung, daß wir uns mit diesen Dingen nicht zu befassen brauchten. Es war schwer für die Presse, hier objektiv zu bleiben. Ich habe die „Weser-Zeitung" hier gestern zitiert, aber ich muß sagen, daß eine andere Bremer Zeitung, die ich nicht nennen will, es an Einseitigkeit und mangelnder Objektivität in der Berichterstattung nicht hat fehlen lassen. Wenn auch noch so viele Pressevertreter anwesend sind, dem Gericht wird das bei der Urteilsfindung gleichgültig sein. Das Gericht steht nicht unter der Kontrolle der Oeffentlichkeit, sondern unter dem Gesetz."

Der Vertreter der Anklage ging dann auf den Prozeßstoff näher ein und wies darauf hin, daß die Eltern nicht in der Lage gewesen seien, die Lisbeth auf der rechten Bahn zu halten. Das Mädchen habe sich geschminkt und gepudert und in allen Cafés verkehrt.

Es ist ein Unterschied, ob ein Ehepaar der besseren Stände dorthingeht oder ein junges Mädchen, das Herrenbekanntschaften machen möchte.

Ob damals schon die amerikanische Unsitte, sich das Gesicht zu bemalen, allgemein verbreitet war, ist mir nicht bekannt. Die Angeklagte hat das alles gesehen. (Die Angeklagte weint.) Im Kapitän R. fand sie einen Freund, von dem sie Geld erhielt, und durch den sie zu den Orgien in dem Hause des amerikanischen Konsulats gelangte. Die Angeklagte hat aus den Mitteln, die vom Kapitän R. stammten, der wohl keinen intimen Verkehr mit Lisbeth hatte, für die Familie Sachen angeschafft, und Lisbeth damit einen Freibrief für ihre Lebensweise ausgestellt. Das ist bereits Kuppelei, auch wenn der Unzuchtbetrieb fehlt. Auf die Zeugin Gertrud P. eingehend, erklärte der Staatsanwalt, daß man bei den Aussagen eines so unsittlichen Mädchens Vorsicht walten lassen müsse. Die Zeugin „Trude" P. habe auch als Zeugin dargetan, daß sie und Lisbeth nachts Herren in das Kolomaksche Haus gebracht haben. Am Schluß seines dreistündigen Plädoyers stellte Oberstaatsanwalt Dr. Drechsler folgenden Strafantrag:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte ihre eigene Tochter und die Prostituierte „Trude" P. ausgebeutet hat, verdient sie keine mildernden Umstände. Ich beantrage gegen sie Schuldigsprechung wegen schwerer Kuppelei im Falle Lisbeth Kolomak und wegen einfacher Kuppelei im Falle der Gertrud P. Die Angeklagte wollte aus den beiden Mädchen lediglich Geld ziehen. Mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte jede Reue vermissen läßt, beantrage ich gegen sie eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monaten und 3 Jahre Ehrverlust."

Der Beginn der Nachmittagsverhandlung verzögerte sich, da die Angeklagte nicht rechtzeitig im Gerichtssaal erschien. Frau Kolomak hatte einen Spätheanfall erlitten, von dem sie sich nur langsam erholte. Gegen 4¼ Uhr konnte die Verhandlung wieder aufgenommen werden, und Rechtsanwalt Hertel begann sein Plaidoyer. Er stellte fest, daß der Anwalt nicht als der Helfer des Verbrechers angesehen werden dürfe.

Der Staatsanwalt, der geflissentlich alles Entlastungsmaterial übersehen habe,

könne von der Angeklagten keine Reue erwarten, denn ein **Unschuldiger könne nichts bereuen.** Vor allem müsse das Gericht prüfen, ob nicht das ganze Verfahren auf Grund der Bremischen Amnestie eingestellt werden könnte. Auf die Ausführungen des Staatsanwalts eingehend, beschäftigte sich der Verteidiger mit der **Rolle der „Trude P."**, die durch ihre gemeine Denunziationen die Lisbeth in den Tod geschickt habe. Wenn man auf Grund der Faseleien einer Prostituierten, die nach 4 Jahren angeblich noch jede Einzelheit wissen will, eine im besten Ruf stehende Frau verurteilen wolle, so **müsse das Vertrauen zur Rechtspflege noch mehr schwinden.** Wenn die Angeklagte von dem Gelde ihrer Tochter gelebt hätte, hätte sie und ihr Mann nicht so hart arbeiten müssen. Der Verteidiger bat zum Schluß, die Angeklagte freizusprechen.

In der Replik beschäftigte sich Erster Staatsanwalt Dr. Drechsler mit der Kronzeugin „Trude" P. und erklärte, daß auch er sie nicht als klassische Zeugin betrachte, doch passe ihre ganze Auslage haarscharf in das Gesamtbild, das sich entwickelt habe. Das gemeine Verhalten der Angeklagten sei darin zu suchen, daß sie mit ihrem gefälschten Buch nicht nur die Behörden treffen wollte, die sich ja wehren konnten, sondern die Nachbarn, denen die Tote in dem Buch gewissermaßen den Vorwurf macht, daß sie an ihrem Schicksal schuld seien. Rechtsanwalt Hertel erwiderte, daß der Frau Z. die Entstehung des Buches bekannt und daß sie durch ihr Schweigen mitschuldig geworden sei und sogar Frau Kolomak zum Meineid habe anstiften wollen.

Zum Schluß kam es noch zu einem

Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger und dem Staatsanwalt.

Rechtsanwalt Hertel betonte in seiner Replik, daß die **Staatsanwaltschaft als objektive Behörde kein Entlastungsmaterial in der Sache angenommen habe.** Schon gestern hätte der Staatsanwalt eingreifen müssen, als die Meineidsanklage gegen die Zeugin „Trude" P. einlief. Der Staatsanwalt habe die Pflicht gehabt, von sich aus Vertagung der Verhandlung zu beantragen. Staatsanwalt Dr. Drechsler bat das Gericht um Schutz gegen diese Aeußerung. Weiter wandte sich der Anwalt gegen den Anklagevertreter und warf ihm vor, daß er den Zeugen S. gewissermaßen „auf den Leim gelockt habe", weil er ihn wegen Meineids belangen wolle, obwohl er wußte, daß S. eine Bestrafung erlitten habe.

Im letzten Wort erklärte die Angeklagte: „Seit einem halben Jahr werde ich zur Bestie gestempelt, weil ich in meinem Buche die Wahrheit gestreift habe. **Wäre mein Buch Lüge, lebte meine Tochter noch.** Eine Verurteilung würde mir noch unverständlicher sein als die Anklage." Hierauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

Die Ozeanflieger und ihre Frauen in Berlin

Am Sonntag nach München und Wien.

Zu dem Empfang Chamberlins und Levines sowie ihrer Gattinnen hatten sich gestern nachmittag auf dem Tempelhofer Feld viele hundert Schaulustige eingefunden. Ihre Geduld wurde jedoch etwas auf die Probe gestellt, da sich der Aufenthalt der Flieger in Magdeburg länger ausdehnte, als ursprünglich vorgesehen war. Erst um 19¾ Uhr kam die Nachricht, daß die beiden Dornier-Merkur-Maschinen mit den Amerikanern an Bord soeben in Magdeburg gestartet seien. Gegen 20½ Uhr kamen die beiden Maschinen über dem Tempelhofer Feld in Sicht und landeten kurz darauf. Während die Musik die amerikanische Nationalhymne intonierte, entstiegen der einen Maschine Frau Chamberlin mit ihrem Gatten, Frau Levine und eine ihrer Freundinnen, Fräulein Lockwood, ferner der amerikanische Botschaftsrat Poolo, der die beiden Flieger auf ihren Flügen durch Deutschland begleitet hatte. Levine war nicht zu sehen, und man erfuhr, daß er in Magdeburg zehn Minuten später mit der Sportfliegerin Thea Rasche in einem Udet-Flamingo gestartet war. Als erster begrüßte Ministerialrat Brandenburg die beiden Damen und überreichte ihnen zwei Rosensträuße. Wenige Minuten später landete dann auch der rote Udet-Flamingo, von dessen Passagiersitz Mr. Levine herabsprang. Er äußerte sich sehr befriedigt über diesen Flug in einer offenen deutschen Sportmaschine. Nachdem dann die amerikanischen Gäste trotz der sichtlichen Erschöpfung der Damen noch dem Kreuzfeuer der Photographen und Filmoperateure standgehalten hatten, wurden sie an den Zuschauerplätzen entlang geleitet, von denen ihnen begeisterte Zurufe entgegenschollen. Dann ging es ohne Aufenthalt in mehreren Autos zum Hotel Adlon, wo die Flieger mit ihren Gattinnen für den Rest ihres Berliner Aufenthaltes verweilen werden.

Es steht mit ziemlicher Sicherheit fest, daß entsprechend den bisherigen Dispositionen Chamberlin und Levine am Sonntag in Begleitung zweier Lufthansa-Maschinen mit der „Columbia" nach München und Wien fliegen werden.

Die Brücke im Dschungel.

Sitten- und Stimmungsbild aus dem Innern Mexikos.

29] Von B. Traven.

Copyright 1927, by B. Traven, Tamaulipas (Mexiko).

Beinahe jede der Frauen hat sich daheim, noch in der Nacht, sobald sie von dem Tode des kleinen Jungen hörte, sofort hingesetzt und Papierröcke für den Jungen gemacht. Und da sich die Frauen ja nicht durch Draht miteinander verbinden können, so weiß keine, ob der Kleine auch ein schönes Papierkleidchen haben wird für seine letzte Reise. Deshalb hat jede Frau für den Kleinen ein Röckchen gemacht, und jede Frau hat es mitgebracht, und jede bringt es mit so viel Freude und soviel Liebe zu der weinenden Mutter, daß die Mutter nicht anders kann, als die Kleider anzunehmen und sie mit Hilfe der Geberin dem Kleinen anzuziehen. Glücklicherweise haben nicht alle Frauen nur Röckchen gebracht, sondern manche nur Sterne und andere nur Kreuze und wieder andere nur Bänder aus Gold- und Silberpapier.

Nun kommt eine Frau herein, die ich kenne. Sie ist die Mutter jenes jungen Mannes, den ich beinahe zum Leben wiedererweckt hätte, wenn der Spanier nicht gekommen wäre. Ob ich in jenem Dorfe dasselbe Ansehen unter den Indianern genösse, wenn der Spanier nicht gekommen wäre und ich den jungen Mann hätte vom Tode auferwecken müssen, ist fraglich. Aber ich glaube, ich würde mich derselben Anerkennung trotzdem erfreuen, weil ich sechs Stunden mich mit Wiederbelebungsversuchen abgegeben hatte, was ja auch dann anerkannt werden muß, wenn es erfolglos sein sollte.

Die Frau begrüßt mich vor allen anderen Anwesenden zuerst und sie tut es sehr herzlich. Sie hat für den Kleinen auch eine Krone gemacht. Diese Krone ist nicht so geschmackvoll, wie die Krone, die von der Pumpmeisterin noch in der Nacht gefertigt worden war. Aber diese Frau hält ihre Krone für schöner. Sie geht zu dem Leichnam, nimmt das Krönchen vom Kopfe des Kleinen und setzt ihm die Krone auf.

Die Pumpmeisterin steht dabei, sieht es und läßt es geschehen. Ich sah in der Nacht, mit welcher Liebe die Pumpmeisterin das Krönchen machte und wie sehr sie sich freute, daß es so gut gelungen war und daß der Kleine so hübsch darin aussah.

Sie sieht ihre Nebenbuhlerin eine Weile an und macht dann eine kurze Bewegung, als wolle sie es verhindern, daß ihre Krone so ohne Zeremonie ausgetauscht wird. Aber dann lächelt sie, legt ihre Hände über ihre Brust, sieht neidlos dem Vertauschen zu und ist zufrieden. Jeder will dem Kleinen und der Mutter ja nur Liebes tun und Liebe zeigen. Wozu also um das Krönchen einen Streit beginnen und das Prioritätsrecht geltend machen! Das erste Krönchen hat ja seinen Zweck völlig erfüllt, mag nun das zweite Krönchen an die Reihe kommen.

Die Frau mit der zweiten Krone hat die erste Krone abgenommen und wirft sie beiseite mit einer Gebärde, als ob sie sagen wolle: „So ein Dreck!"

Die Krone ist allerdings schon ein wenig beschmutzt von der zerfallenden Kopfhaut. Die Pumpmeisterin bückt sich, hebt ihre Krone vom Erdboden auf, zerknüllt sie zwischen den Fingern so unauffällig wie möglich, geht dann damit hinaus und wirft sie in das große Feuer, wo die Kracker angezündet werden.

21.

Vor der Hütte hört man reden und bald darauf kommt der Mann herein, der den Sarg bringt, den er selbst gemacht hat.

Als dieser Mann hereinkommt, und den Sarg, den er unter dem Arm trug, auf den Boden stellt, fängt die Garza entsetzlich zu schreien an. Alle Frauen in der Hütte beginnen ebenfalls grell zu schreien und die Frauen, die vor der Hütte sitzen, schreien und klagen laut.

Der Sargmann hat den Hut abgenommen und wischt sich den Schweiß mit dem Handrücken. Es kommen nun einige andere Männer herein und man wird sofort geschäftig, ohne das Schreien der Frauen zu beachten. Auch Sleigh ist mit hereingekommen.

Der Sarg wird nun auf eine Kiste gestellt. Er ist nichts weiter als selbst eine rohe längliche Kiste. Nichts daran ist gehobelt. Die Wände der Kiste sind außen mit blauem Papier beklebt, damit man das rohe Holz nicht sehen kann. Im Innern der Kiste ist trockenes Gras und es sind trockene Maisblätter darin. Auf diesen Blättern ist eine Schicht zerbröckelter Kalksteine.

Vier Männer, darunter Sleigh, fassen den Körper an seinen vier Ecken an und versuchen, ihn in den Sarg zu heben. Während sie ihn hochheben, fällt der Kopf tief herunter, und es gewinnt den Anschein, als wolle er abbrechen. Ich springe rasch hinzu und halte ihn mit dem kleinen Kissen, auf dem er ruhte, in gleicher Lage mit dem Körper. Dabei läuft mir der Verwesungsbrei in die Hände. Die Papierkleider fallen auseinander und der ganze schöne Aufputz wird eine heillose Manscherei. Endlich haben wir den Körper in dem Sarge und die Pumpmeisterin ist sofort tätig, um die Kleider wieder in Ordnung zu bringen.

Der Sarg ist nun auf den Tisch gestellt worden, und sobald er dort steht, wirft sich die Garza darüber, um das kleine Gesicht zu küssen. Aber als sie gerade ihren Mund auf die Lippen pressen will, sieht sie, daß keine Lippen mehr da sind, sondern nur Zähne, die aus einem grünlich-gelben Brei herausgerissen, und daß der Augapfel, der losgelöst auf der Höhle liegt, sie fremd anstarrt. Eine dicke durch die Bewegung des Körpers aufgerüttelte Wolke entsetzlichen Gestanks nimmt ihr den Atem und läßt sie mit einem Ruck zurückfallen. Dort steht sie, gierig nach frischer Luft ringend, und sie wirft ihre Arme so unsinnig und unnatürlich in der Luft umher, als seien sie plötzlich aus den Gelenken gefallen und gehörten nicht mehr ihr. Dann tastet sie mit flinken Fingern an ihrer Brust entlang und läßt die Hände wie von selbst über den Hals am Gesicht hinausklettern bis sie das Haar erreichen, das die Finger zerkrallen. Ihre Augen irren hilflos umher, ihre Arme fliegen mit einem Ruck hoch und während sie einen grauenhaften Schrei ausstößt, bricht sie zusammen.

Andere Frauen springen sofort hinzu, flößen ihr Wasser ein und Schnaps, sprengen ihr Wasser ins Gesicht, versuchen ihre Hände auseinanderzureißen, klopfen ihr auf die Backen und auf den Rücken. Nach einer Weile ist sie wieder munter.

Es war der letzte Abschied von ihrem Jungen.

(Fortsetzung folgt.)

Fortgang der Haushaltberatung.

Eine Flut kommunistischer Agitationsanträge.

Die Stadtverordnetenversammlung will mit der Beratung und Festsetzung des Stadthaushaltplanes vor Schluß des Monats Juni fertig werden. Gestern konnte sie ein tüchtiges Stück davon erledigen, ohne daß noch viele Reden nötig wurden. Der Ausschuß hat an dem Haushaltentwurf verbessert, was sich verbessern ließ, und dem Plenum blieb fast nur übrig, seine Arbeit zu bestätigen. Von ihren Agitationsanträgen wissen die Kommunisten selber, daß sie bei der jetzigen Finanzlage der Stadt undurchführbar sind und abgelehnt werden müssen. Die Ablehnung gibt ihnen den Agitationsstoff, den sie brauchen. In der Aussprache über das zentrale Wohlfahrtsamt kennzeichnete unsere Genossin Todenhagen dieses Treiben der Kommunisten.

*

Die gestern abgehaltene Sitzung der Stadtverordneten — die zweite in dieser Woche — setzte die Beratung des **Haushaltsplanes für 1927** fort. Bei dem Kapitel: „Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke durch Vermittlung von Vereinen" forderte die Stadtverordnete **Hoffmann-Gwinner** (KPD.) die Uebernahme aller privaten Wohlfahrtsinstitutionen in die Verwaltung der Stadt. Wie nötig das sei, beweise die Stellung eines deutschnationalen Stadtverordneten im Haushaltsausschuß, der erklärte, daß selbstverständlich das Geld nur bewilligt werde, wenn die Unterstützten im Sinne der Bewilliger beeinflußt werden. Genosse Flatau sprach gegen die vorschußweise Verteilung von Etatmitteln an allerlei „Volkshochschulen", deren Aufbau, Leitung und Geschäftsführung nur ungenügend bekannt sind. Die Weiterberatung benutzt beim Titel Wohlfahrtspflege die Kommunistin Rosenthal in ihrer „temperamentvollen" Art zu Angriffen auf die sozialdemokratische Fraktion wegen deren Stellung zur Bereitstellung von Mitteln zur Wohlfahrtspflege im besonderen und zum Etat im allgemeinen. „Wir werden die Sozialdemokraten zwingen, ihre Genossen im Landtag und Reichstag zu veranlassen, mit den Kommunisten gemeinsam gegen die Bürgerblockregierung Stellung zu nehmen!" drohte die Rednerin am Schlusse ihrer Ausführungen zur allgemeinen Ueberraschung der Stadtverordneten. Genossin Todenhagen hielt der kommunistischen Rednerin vor, wie die Kommunisten im Haushaltsausschuß erklärt hätten, die Einnahmen gehen sie nichts an, sie interessieren nur die Ausgaben! Das sei aber weder ein Standpunkt, noch verdiene eine solche leichtfertige Aeußerung die Bezeichnung Politik, am wenigsten Politik im Interesse der Arbeiterschaft. Merkwürdigerweise sei aber da, wo die Kommunisten allein über Ausgaben und Einnahmen zu befinden hätten, nämlich in Rußland, das größte Elend zu finden und kein russischer Etat hat es bisher beseitigen können. Im roten Hause Berlins erschöpft sich die Politik der Kommunisten darin, von der Sozialdemokratie gestellte Verbesserungs- und Aenderungsanträge durch maßlos übertriebene eigene zu übertrumpfen. Gegenüber den Vorwürfen, daß die Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag auf Unterstützung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung gewesen seien, bemerkte Genossin Todenhagen, daß es in Berlin auch noch andere Konsumvereine gebe, die nicht Arbeitermitglieder haben. (Soviel wir uns entsinnen, hat die Konsumgenossenschaft selbst eine Unterstützung abgelehnt, da sie eben nicht unterstützungsbedürftig ist. Die Kommunisten haben sich also hier wieder einmal jemandem aufgedrängt, der auf ihre „Hilfe" wirklich nicht angewiesen ist und auch gern darauf verzichtet! Red.)

Um 7 Uhr wurden die Abstimmungen vorgenommen. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei werden — meist in der Ausschußfassung — angenommen die Etattitel zum Tiefbauwesen, zur Jugendwohlfahrt, zentrales Wohlfahrtsamt, und Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke durch Vermittlung von Vereinen. Die Abänderungsanträge der Kommunisten wurden abgelehnt. Bei den Endabstimmungen zu allen genannten Etattiteln versagten Deutschnationale im trauten Verein mit den Kommunisten die Zustimmung. Das werden diese beiden Flügelparteien auch später bei der Abstimmung über den Gesamtetat tun.

Schließlich wandte sich die Versammlung nach der Beratung eines Antrages der Kommunisten zu, der von der Stadtverordnetenversammlung verlangt, beim Magistrat vorstellig zu werden, damit das Hohenzollerndenkmal auf dem Hohenzollernplatz in Neukölln entfernt wird, nachdem die zuständige Bezirksversammlung bereits dreimal einen solchen Beschluß gefaßt habe. Der Oberbürgermeister Böß betonte nach der Begründung durch einen Stadverordneten der KPD., daß nach den Gutachten der Sachverständigen und der Meinung des Magistrats das Denkmal — sei es wie es wolle — charakteristische Bedeutung für den Kunstgeschmack der damaligen Zeit habe. Der Magistrat hatte also den Antrag abgelehnt.

Explosion nach einem Gasselbstmord.

Katastrophe bei der Entdeckung.

Auf dem Treppenflur im Seitenflügel des Hauses Christburger Straße 17 machte sich gestern ein starker Gasgeruch bemerkbar, so daß einige Hausbewohner stutzig wurden und der Ursache nachgingen. Man stellte fest, daß das Gas aus der im vierten Stockwerk gelegenen Wohnung des vierzigjährigen Marktbeisers Wilhelm Malinger drang. Als auf wiederholte Klopf- und Klingelzeichen nicht geöffnet wurde, alarmierte man die Polizei und die Feuerwehr. Die Beamten verschafften sich gewaltsam Einlaß in die Wohnung und fanden auf dem Sofa des völlig mit Gas angefüllten Zimmers den Wohnungsinhaber M. bewußtlos auf. Sämtliche Gashähne waren geöffnet. Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Die Feuerwehr öffnete sofort die Türen und Fenster, um den angesammelten Gasmengen Abzug zu verschaffen. Plötzlich aber gab es unter lautem Krachen eine heftige Explosion. Die ganze Wohnungsdecke stürzte ein und bedeckte das gesamte Zimmermobiliar. Durch die Gewalt des Druckes wurde das Fenster herausgedrückt und auf den Hof geschleudert. Zum Glück befand sich im Augenblick der Explosion niemand im Zimmer, so daß Personen nicht zu Schaden gekommen sind. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht geklärt werden.

Die Leiche des Selbstmörders wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht. Die Tat ist nach den bisherigen Ermittlungen der zuständigen Stellen auf Ehezerwürfnisse zurückzuführen.

Der Leichenfund an der Zwillingsbrücke.

Die Aufklärung des Leichenfundes an der Zwillingsbrücke, über den wir bereits berichteten, beschäftigte gestern die Kriminalpolizei den ganzen Tag bis in die späten Abendstunden. Die Ermittlungen ergaben, daß der im Sande erstickte Knabe ein 12 Jahre alter Josef Pawlowski ist, der bei seinen Eltern in der Rüdersdorfer Straße 30 wohnte. Der Junge lief gern in der Gegend herum und versäumte oft, zur rechten Zeit nach Hause zu kommen. Da er dann fürchtete, von seinem Vater, der sehr streng ist, bestraft zu werden, übernachtete er schon mehrmals in den Sandaufschüttungen am Luisenstädtischen Kanal. Nach dem Ergebnis der Nachforschungen ist das Unglück allem Anscheine nach dadurch entstanden, daß die Knaben die Erdaufschüttung unterwühlt haben, um sich dort Höhlen zu bauen, in denen sie ihre Spiele trieben. Ein Zeuge, ein Gastwirt aus der Gegend, gab nun an, daß er am Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr mehrere ältere Burschen — etwa 15—16jährige — beobachtet habe, wie sie die kleineren Jungen laut beschimpften, mit Steinen bewarfen und ihnen die Höhlen eintraten. Zwei der kleinen Höhlenbewohner vermochten rechtzeitig herauszukriechen und sich in Sicherheit zu bringen, von dem Verbleib eines dritten hat man nichts bemerkt. Personen, die zweckdienliche Mitteilungen darüber machen können, wann und wo sie den Knaben zuletzt lebend gesehen haben, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Pippo im Polizeipräsidium zu melden.

Der überfallene Armenvorsteher.

Statt 2½ Jahre Zuchthaus 5 Monate Gefängnis.

Der angebliche Raubüberfall auf den Vorsteher der 46. Wohlfahrtskommission, den Konfektionsschneider Fritz Scheller, hatte vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte sein gerichtliches Nachspiel. Neben einigen kleineren Unterschlagungen und einer einfachen Urkundenfälschung war Scheller hauptsächlich beschuldigt, 2080 M. Unterstützungsgelder veruntreut und diese Unterschlagungen durch einen fingierten Raubüberfall vertuscht zu haben.

Bei seiner Vernehmung gab der Angeklagte zu, infolge schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse in Schulden geraten zu sein und sich infolgedessen von den Unterstützungsgeldern Beträge von 200 und 170 M. sowie eine Anzahl Kohlenkarten angeeignet zu haben. Dagegen bestritt er, die 2080 Mark unterschlagen und den Raubanfall erdichtet zu haben. Wie er behauptet, ist es bei vielen Armenvorstehern, weil sie in ihrer Gegend sehr bekannt sind und deshalb leicht das Opfer eines Raubes werden, Brauch, die auszuzahlenden Gelder bei ihren Gängen nicht in eine Aktentasche, sondern in einen Aktendeckel zu stecken. Scheller will am 1. April, an dem sich der angebliche Raubüberfall ereignet haben soll, auch so verfahren sein und das Geld in einem Aktendeckel getragen haben, den er unter dem Rock mit der Hand festhielt. Als er dann einer Frau G. in der Anklamer Straße Geld habe auszahlen wollen und an ihrer Tür klopfte, habe er plötzlich von hinten einen Schlag gegen den Hinterkopf und dann einen Stoß in den Rücken bekommen, so daß er die Treppe hinunterstürzte und dann besinnungslos liegen blieb. Als er wieder zu sich kam, wäre das gesamte gebündelte Geld aus dem Aktendeckel fortgewesen. Von dem mutmaßlichen Täter gab er die sichere Beschreibung, daß der Räuber eine Ballonmütze getragen habe. Ueber die übrige Kleidung des Mannes machte er verschiedene Angaben. Diese Schilderung erschien zunächst sehr unglaubwürdig, und zwar infolge der Lage des Angeklagten auf der Treppe, als er dort aufgefunden wurde, und zweitens auch aus dem Grunde, daß er keinerlei Verletzungen davongetragen hatte. Ebenso schien sehr verdächtig, daß er am fraglichen Tage bereits um 7 Uhr das Geld auszahlen wollte, während er sonst immer gegen 10 Uhr vormittags in den Häusern erschien. Die Beweisaufnahme ließ jedoch die Umstände nicht so belastend erscheinen wie die Voruntersuchung. Trotzdem hielt der Staatsanwalt den Angeklagten in vollem Maße für schuldig und beantragte 2½ Jahre Zuchthaus. Das Gericht kam jedoch bezüglich des Raubüberfalles zu einer Freisprechung, wenn auch zweifellos erhebliche Verdachtsmomente vorhanden wären. Es erklärte aber, daß der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Georg Löwenthal mit Recht darauf hingewiesen habe, daß der Angeklagte die Kleidung des Täters sicherlich einheitlich beschrieben hätte, wenn von ihm der Ueberfall fingiert worden wäre. Gerade das Schwanken in der Beschreibung der Kleider spreche dafür, daß ein Täter vorhanden gewesen sein konnte. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte schwer kriegsbeschädigt ist, verurteilte das Gericht den Angeklagten zu fünf Monaten Gefängnis und zur Unfähigkeit der Bekleidung öffentlicher Aemter auf drei Jahre. Für die letzten drei Monate Gefängnis wurde ihm außerdem Bewährungsfrist zugebilligt, wenn er den Schaden bis zu einem bestimmten Termin gutmacht.

Drei Schwerverletzte bei einem Straßenunfall.

In Niederschöneweide ereignete sich gestern gegen ¼6 Uhr ein schwerer Straßenunfall, bei dem drei Personen lebensgefährliche Verletzungen davontrugen.

Vor dem Grundstück Berliner Straße 20B in Niederschöneweide wollte der 58jährige Bäcker Hermann Schmidt aus der Rixdorfer Straße 14 in Niederschöneweide, der auf der Schulter ein Bierfaß trug, den Fahrdamm überschreiten. In diesem Augenblick nahte ein Motorrad. Der Führer, ein 23jähriger Bruno Duda aus der Johannisstraße 22 zu Berlin, konnte sein Gefährt nicht mehr rechtzeitig stoppen und überfuhr Schmidt, der schwer verletzt zusammenbrach. Duda und dessen 21jährige Frau Martha, die auf dem Soziusitz saß, wurden in hohem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert, wo sie mit Kopf- und inneren Verletzungen bewußtlos liegen blieben. Die alarmierte Feuerwehr brachte die Verletzten in das Elisabeth-Hospital zu Oberschöneweide. Alle drei liegen sehr bedenklich danieder. Das schwer beschädigte Rad mußte abgeschleppt werden. Die Schuldfrage konnte noch nicht geklärt werden, da die Verunglückten sämtlich nicht vernehmungsfähig sind.

Einäscherung Richard Calwers und seiner Gattin. Unter reger Beteiligung aus Kreisen von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft fand gestern im Krematorium zu Wilmersdorf die Einäscherung der Leichen des unter tragischen Umständen aus dem Leben geschiedenen Wirtschaftspolitikers und früheren Reichstagsabgeordneten Richard Calwer und seiner Gattin statt. Ein langjähriger Freund und Mitarbeiter des Verstorbenen, Minister a. D. Südekum, gab ein Bild von dem Wirtschaftspolitiker und Menschen Calwer und einen Ueberblick über seine Tätigkeit als Wirtschaftsanalytiker.

Funkwinkel.

Spezielle wissenschaftliche Themen sind der deutschen Welle in Königswusterhausen vorbehalten. Man erwartet von einem Vortrag im Berliner Sender Allgemeinverständliches. Leider trifft die Hauptvoraussetzung auf die Bemühungen Kurt Goldschmidts, einen Dozenten der Humboldthochschule, um die Klärung des neuen Weltbildes nicht zu. Goldschmidt wartet zuerst mit einer Unmenge Fremdworte und Begriffe auf, die einem Laien unverständlich sein müssen. Leuchtet man aber hinter diesen sehr dekorativ aufgezogenen Apparat, so fragt man sich verwundert: Was will denn der Vortragende eigentlich sagen? Der Begriff Weltanschauung scheint ihm durchaus nicht klar zu sein. Herr Goldschmidt scheint aber diesen Begriff nur für dogmatische Denkrichtungen vorzubehalten. Daneben überraschen ausgezeichnete Formulierungen über Renaissance oder Barock. Hoffentlich ringt sich Goldschmidt im Laufe seines Vortragszyklus zur Klarheit hindurch. — Prof. Max Kuttner schlägt in seinem Vortrag „Sinnesänderung in Frankreich?" versöhnlichere Töne an als früher. Allerdings kann er es sich nicht verkneifen, originelle Gedanken der Franzosen mindestens auf Plato zurückzuführen. Außerdem könnte der Herr Professor, der so schöne Arien über den Chauvinismus in französischen Schulen singt, einmal eingehender deutsche Lesebücher studieren. Der Zweck des Vortragszyklus „Das geistige und seelische Band der westeuropäischen Völker" ist zum Bedauern der Hörer noch nicht einzusehen. Bis jetzt hat Herr Kuttner an den Franzosen noch nicht ein gutes Haar gelassen. — Adele Schreiber behandelt in ihrer Vortragsreihe „Frauen von heute" die Entstehung der Suffragettenbewegung in England und entwirft ein anschauliches Bild über die Stellung der Frau im modernen englischen Staatsleben. Das Abendprogramm bringt unter Leitung von Bruno Seidler-Winkler finnische Musik, symphonische Dichtungen von Palmgreen, Jernefeld und Sibelius. Seidler-Winkler ist diesen schwermütigen Kompositionen ein ausgezeichneter Interpret. Sehr schön und gesättigt klingen die Streicher Prof. Gustav Havemann spielt das Violinkonzertopus Nr. 47 von Sibelius, reich an Ausdruck. Und was bei diesem Künstler selbstverständlich ist, mit vollendeter Technik.

F. S.

Staatsanwaltschaft gegen „Olympia".

Eine Freisprechung und — eine Berufung.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil des Schöffengerichts Berlin-Schöneberg vom 16. Juni gegen den Leiter und mehrere ehemalige Mitglieder der Sportgruppe 12 der aufgelösten Vereinigung „Olympia" Berufung eingelegt. Durch das vorerwähnte Urteil waren die Angeklagten von der Anklage des Vergehens gegen das Republikschutzgesetz freigesprochen, und nur ein Angeklagter ist wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

*

Mit einem geradezu vollständigen Freispruch hat die Anklage geendet, die gegen den Kaufmann Meyding und 14 weitere Mitglieder der „Kameradschaftlichen Vereinigung" erhoben war, weil sie beschuldigt waren, mit dieser Organisation das vom preußischen Minister des Innern am 12. Mai 1926 erlassene Verbot der Sportvereinigung „Olympia" umgangen zu haben. Bekanntlich hat inzwischen der Staatsgerichtshof das Verbot der „Olympia" aufgehoben. Die „Kameradschaftliche Vereinigung" wurde am Abend des 12. Mai gegründet. Die offizielle Mitteilung des Verbotes selbst war dem Vorsitzenden der „Olympia", dem bekannten Oberst a. D. von Luck, damals noch nicht zugestellt, sondern sie erfolgte erst am nächsten Tage. An jenem Abend hatte eine Sitzung der Sportgruppe 12 der „Olympia" in ihrem Stammlokal stattgefunden. Bei einem geselligen Beisammensein wurde nachher die Gründung der „Kameradschaftlichen Vereinigung" beschlossen. Der Angeklagte Meyding wurde Geschäftsführer.

Bei Gelegenheit einer Veranstaltung wurde ein Mitglied der bisherigen Gruppe 12, die inzwischen unter das Verbot gefallen war, festgenommen, weil er die Abzeichen der „Olympia" trug. Man fand bei ihm, einem Hausdiener Strützki, das Werbungsschreiben, und bei seiner polizeilichen Vernehmung hatte Strützki nach dem Protokoll angegeben, **es handele sich um die alte „Olympia", nur unter anderem Namen.** Er hatte fernerhin erwähnt, daß ihm gesagt worden sei, die Leitung der „Olympia" habe aufgefordert, die Gruppen allgemein in sportliche Vereinigungen umzuwandeln. Bei einer Haussuchung wurden bei dem bisherigen Führer der Gruppe 12, Leutnant a. D. Borck, verschiedene Schriftstücke gefunden, die nach der Anklage eine Bestätigung der Vermutung sein sollen, daß die „Kameradschaftliche Vereinigung" eine Fortsetzung der aufgelösten „Olympia" sei.

Meyding bestritt, daß die „Kameradschaftliche Vereinigung" eine Erneuerung der „Olympia" sei. Auf den Einwand von Landgerichtsdirektor Lempke, daß eine merkwürdige Uebereinstimmung der Satzungen der „Olympia" und der neuen Organisation vorhanden sei, erwiderte der Angeklagte, daß es sich um Normalstatuten handle, **gemeinsam sei beiden das sportliche „Kameradschaftliche und Nationale".** Darüber hinaus aber wollte die „Kameradschaftliche Vereinigung" einen Anschluß an den „Ryffhäuser-Bund". Beinahe alle übrigen Angeklagten erklären, daß sie ihre Namen nicht auf eine Mitgliederliste, sondern auf eine Anwesenheitsliste gesetzt hätten. Meyding erklärte dann auch, daß sie den Kopf „Mitgliederliste" erst nachträglich hingeschrieben hätten.

Staatsanwaltschaftsrat Herder erblickte in dieser Liste ein Verzeichnis der neuen Vereinigung, die gegründet worden sei, als das Verbot der „Olympia" aus den Abendzeitungen schon bekannt geworden war. Es handele sich also um eine Fortsetzung des aufgelösten Vereins, wofür auch die Schriftstücke sprechen. Mindestens hätten die Angeklagten mit einem Dolus eventualis gehandelt. Er beantragte gegen sämtliche Angeklagte — zwei waren ausgeblieben —, je drei Monate Gefängnis. Außerdem beantragte er auch die Verurteilung des Meyding wegen unerlaubten Waffenbesitzes, da bei ihm ein russisches Armeegewehr gefunden war, zur gleichen Strafe.

Das Schöffengericht kam zu einer Freisprechung der Angeklagten. „Die Beweisaufnahme hat nicht ergeben, daß die „Kameradschaftliche Vereinigung" eine Keimzelle des verbotenen großen Verbandes sei. **Entscheidendes hat sich nicht erwiesen. Daher mußte Freisprechung erfolgen.**

Der Angeklagte Meyding wurde lediglich wegen unerlaubten Munitionsbesitzes zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zu den Beamtenfragen.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten des Deutschen Beamtenbundes nahm gestern in einer Mitgliederversammlung in den Kammersälen Stellung zu den Beschlüssen des Parteitags. Genosse Winckler, der erste Referent, führte, nachdem er die in Kiel gefaßten Beschlüsse und ihre Begründung vorgetragen hatte, aus: Keine Organisation als die Arbeitsgemeinschaft bedauert mehr, daß die Vereinigung der Beamtenverbände noch nicht gekommen ist. Die Genossen im Deutschen Beamtenbund haben die Ueberzeugung, daß die deutsche Beamtenschaft nur in einer großen, alle Parteien überspannenden Organisation eine wirksame Interessenvertretung haben kann. Allein aus diesem Grunde sind wir im Deutschen Beamtenbund organisiert. Außer unserer Tätigkeit in dieser Fachorganisation wollen wir aber auch und tun es auch schon zum großen Teil recht kräftig, in der Partei mitarbeiten. Der zweite Referent, Genosse Dr. Eismann, sprach über die besonderen Aufgaben der im Deutschen Beamtenbund organisierten Genossen. Er führte aus: Wir stellen ausdrücklich fest, daß im Deutschen Beamtenbund politische Interessen nicht vertreten werden, daß wir aber immer ungehindert unsere eigene Meinung vertreten konnten und auch in den Vorständen so vertreten sind, daß eine wirksame Arbeit möglich ist. Die Sozialdemokratie will nicht am Berufsbeamtentum rütteln. Darum ist auch die Stellungnahme zur Fachorganisation der Berufsbeamten gegeben. Unsere Grundlinien sind: in der Partei rege mitzuarbeiten, gleich, welche Arbeit jedem von uns von der Partei zugewiesen wird. Man muß uns aber auch Platz lassen zur Arbeit. Wir verlangen, daß in den zu besetzenden Ausschüssen eine paritätische Verteilung der beiden Beamtengruppen erfolgt und nicht eine Gruppe zurückgesetzt wird. Nach einer sehr regen Diskussion, in der immer wieder zum Ausdruck kam, wie eng die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes mit der Partei verbunden sind, wurden die Ausführungen der Referenten unterstrichen. Festgestellt werden muß, daß Referenten und Diskussionsredner sich in einer unter Parteigenossen so eigentlich selbstverständlichen Objektivität mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund auseinandersetzten.

Waldfest in Neukölln. Die Abteilungen 90, 91, 92, 93, 95 in Gemeinschaft mit der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde veranstalten morgen, Sonntag, ein Waldfest auf dem großen Spielplatz in der Königsheide. Während die Mitglieder der 91. Abteilung sich um 12 Uhr am Boddinplatz treffen und von dort geschlossen zum Herthbergplatz marschieren, treffen sich alle übrigen Teilnehmer um 13 Uhr am Herthbergplatz, von wo aus um 13¼ Uhr pünktlich der gemeinsame Marsch nach der Königsheide unter dem Vorantritt zweier Tambourkorps des Reichsbanners stattfindet. Auf dem Sportplatz selbst ist für Klein und Groß bestens gesorgt, so daß kein Teilnehmer unbefriedigt nach Hause gehen wird. Erwachsene 30 Pf., Kinder gänzlich frei, Stocklaternen gratis. Also auf zum Waldfest der SPD.! — Mindestens je fünf Ordner jeder Abteilung treffen sich morgens 7 Uhr an der Eisenbahnüberführung bei der Kolonie Dammweg, um die erforderlichen Vorbereitungen auf dem Festplatz zu treffen.

Ausfall der Wochenendsonderzüge nach dem Harz und nach der Ostsee. Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, werden die für Sonnabend/Sonntag, den 18./19. Juni, erstmals angesetzten Wochenendsonderzüge mit ermäßigten Fahrpreisen nach dem Harz und nach der Ostsee wegen unzureichender Beteiligung vorläufig nicht verkehren.

Heute abend 20 Uhr im Volkspark Neukölln: Sonnenwendfeier!

Kein Skorbut!

Unter dem 4. Juni 1927 berichtete ein Teil der Rechtspresse in einem sensationell aufgemachten Artikel, daß im Eppendorfer Krankenhaus in Hamburg 16 Assistenzärzte an tuberkulosen Erscheinungen und 14 weitere Aerzte unter skorbuten Verdachtserscheinungen erkrankt seien. Es wurde darauf hingewiesen, daß als die Ursache dieser Massenerkrankung die völlig unzureichende, vornehmlich aus Konserven bestehende Beköstigung anzusehen sei. — Für jeden Sachkenner mußte zunächst die Tatsache auffallen, daß diese Krankheitserscheinungen ausgerechnet bei den Aerzten auftraten, während von dem gesamten übrigen Personal keine diesbezüglichen Meldungen vorlagen. Dies war um so auffallender, als fast allgemein die Aerzte eine wesentlich bessere Beköstigung erhalten als die übrigen Beschäftigten. Wir haben uns veranlaßt gesehen, genaue Nachprüfungen vorzunehmen und stellten fest, daß das Ganze nichts weiter als eine üble politische Mache ist. Es handelt sich um einen Vorstoß der Rechtsparteien gegen den sozialdemokratischen Senator des Gesundheitsamtes in Hamburg und gegen den sozialdemokratischen Verwaltungsdirektor des Eppendorfer Krankenhauses. Wir konnten einwandfrei feststellen, daß die alarmierende Nachricht jeder sachlichen Grundlage entbehrt. Bezeichnend ist es, daß der Senatskommissar, Präsident Dr. Pfeiffer, der im bürgerlichen Lager steht, schließlich selber zugeben mußte, daß von skorbuten oder tuberkulosen Erkrankungen keine Rede sein könne, und daß es sich vielmehr um eine Krankheit handelt, die sich mit ein wenig Zitronenwasser beseitigen lasse. Daß es den bürgerlichen Blättern wirklich nur um eine politische Hetze zu tun war, geht schon daraus hervor, daß man nach der Aufklärung der Angelegenheit keine Veranlassung genommen hat, auf die sensationelle Angelegenheit zurückzukommen.

Schweres Zugunglück in Oberfranken.

Ludwigstadt (Oberfranken), 17. Juni. (WTB.) Am Mittwoch vormittag kurz vor 11 Uhr stieß eine Schubmaschine auf den Eilzug 59 Leipzig—München und zertrümmerte den Postwagen vollständig. Die beiden letzten Personenwagen wurden schwer, der drittletzte Personenwagen leicht beschädigt. Durch den Zusammenstoß wurden sämtliche 25 Insassen der beiden letzten Wagen schwer verletzt. Es handelt sich durchweg um Kopfverletzungen, die durch den Zusammenprall und durch Herabstürzen des Gepäcks verursacht wurden. Einige Insassen des dritten Wagens wurden leicht verletzt. Die Verletzten erhielten Notverbände, die Schwerverletzten wurden in das Ludwigstädter Krankenhaus gebracht.

Absturz des Segelfliegers Schulz.

Danzig, 17. Juni. (WTB.) Heute nachmittag um 14.45 Uhr stürzte der bekannte Segelflieger Lehrer Ferdinand Schulz mit einem kleinmotorigen Sportflugzeug (nicht Verkehrsflugzeug) beim Wiederaufstieg aus 30 Meter Höhe auf dem Danzig-Langfuhrer Flugplatz ab. Die Maschine wurde zertrümmert. Der Flieger wurde ins Krankenhaus geschafft.

Hochverrat- und Mordprozeß in Stuttgart.

Stuttgart, 17. Juni. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichtes trat heute vormittag unter Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner zusammen, und zwar findet die Verhandlung mit Rücksicht auf den Wohnort der Zeugen in Stuttgart statt. Angeklagt sind dreizehn württembergische Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat, wegen vollendeten Mordes usw., und zwar in der Hauptsache wegen des am 25. November 1923 versuchten Bombenattentats auf das damals von der Polizei besetzte Gebäude der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung" in Stuttgart, ferner wegen der am 26. November 1923 in Ostheim erfolgten Ermordung des Kriminaloberwachtmeisters Tschiersch. Die Verhandlungen dürften vier bis fünf Wochen in Anspruch nehmen.

Der Sprechchor der Proletarischen Feierstunden trifft sich heute abend 7 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag 11 Uhr, Pappelallee 15. Vortrag des Herrn Dr. M. Brie: Die indischen Religionen. Harmonium Quintett aus „Rigoletto" (Verdi). Gäste willkommen.

Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin. Die Ordner zur Sonnenwendfeier treffen sich 19 Uhr am Volkspark Neukölln, Eingang Goltzener Straße.

Männerchor Friedrichshain. Am Sonntag, dem 19. Juni, Mitwirkung bei der Bannerweihe der 32. Abteilung. Treffpunkt der Sangesbrüder vollzählig und pünktlich um ½5 Uhr bei Schonert, Stralau, Kynaststraße.

Ordner für Proletarische Feierstunden. Die Ordner treffen sich zum Dienst zur Sonnwendfeier am Sonnabend, dem 18. Juni, 18½ Uhr, am Eingang Volkspark Neukölln, Goltzener Straße. Die Helfer sind mitzubringen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

2. Kreis Tiergarten. Achtung, Abteilungsleiter! Der 7. Kreis Charlottenburg hat am Sonntag, 19. Juni, ein Waldfest im Volkspark Jungfernheide, verbunden mit einer Fahnenweihe der 57. Abteilung auf dem Karl-August-Platz, Krumme- Ecke Goethestraße. Die Abteilungen werden gebeten, soweit als möglich sich an der Fahnenweihe, welche um 13 Uhr stattfindet, zu beteiligen. — Montag, 20. Juni, 20 Uhr, Zusammenkunft aller parteigenössischen Arbeitersportler bei Krüger, Huttenstr. 10. Die Genossen der 8. Abteilung sind besonders eingeladen. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

19. Kreis Pankow. Montag, 20. Juni, 20 Uhr, findet im Sitzungssaal des Rathauses Pankow eine Fraktionssitzung mit den Kreisdelegierten statt. Die Gruppenleiter werden ersucht, den Vorsitzenden des Arbeiter-Samariterbundes und den Genossen Kramer vom Sport- und Kulturkartell zu dieser Sitzung einzuladen.

Heute, Sonnabend, 18. Juni:

46. Abt. Die Genossen beteiligen sich an der Sonnenwendfeier in Neukölln. Karten sind noch beim Genossen Urban zu haben. Desgleichen noch Karten zur Sternwarte in Treptow.

47. Abt. Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich 20 Uhr an der Sonnenwendfeier im Volkspark Neukölln.

115. Abt. Lichtenberg. Die Bezirksführer werden gebeten, bis spätestens 22. Juni beim Genossen Kühlener abzurechnen.

123a. Abt. Kaulsdorf-Süd. 20 Uhr im Lokal Sanssouci, Moltkestr. 1, wichtige Mitgliederversammlung. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Morgen, Sonntag, 19. Juni:

4. Abt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich 12½ Uhr am Bahnhof Jannowitzbrücke zur Fahrt nach Baumschulenweg.

33. Abt. Parteimitglieder mit Familien und Gesinnungsfreunden treffen sich 13 Uhr zum Abmarsch nach Baumschulenweg Kynaststraße Ecke Alt-Stralau. Fahnen sind mitzubringen.

54. Abt. Charlottenburg. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Bannerweihe der 57. Abteilung 12½ Uhr Karl-August-Platz. Anschließend Abmarsch zum Volksfest in der Jungfernheide.

Schöneberg. 77. Abt. Familienausflug nach Dahlem. Restaurant Wohlfahrt. Treffpunkt 13½ Uhr Haupt- Ecke Mühlenstraße. Straßenbahnlinien 48 und 174. — 78. Abt. Die Fahnendelegation zum Volksfest der 102. Abteilung Baumschulenweg trifft sich um 12½ Uhr Endhaltestelle der Linie 88 Eisenacher Straße. Der Festzug beginnt um 2 Uhr von der Köpenicker Landstraße. Zahlreiche Beteiligung der Mitgliedschaft nebst Angehörigen wird erwartet.

> 90. Abt. Britz-Buckow. Sommerfest gemeinsam mit dem Reichsbanner im schönen Garten und Saal zum „Lindenpark". Inhaber Genosse Niemsch. Beginn 15 Uhr. Mitwirkende: Reichsbannerkapelle, Kapelle von Berufsmusikern des Musikerverbandes, Sozialistische Arbeiterjugend und Kinderfreunde. Alle Genossinnen und Genossen sind herzlichst eingeladen. Karten sind bei allen Bezirkskassierern zu haben.

101. Abt. Treptow. Die Abteilung nimmt mit Banner an der Veranstaltung in Baumschulenweg teil. Gemeinsamer Treffpunkt 13 Uhr pünktlich Wildenbruch- Ecke Grätzstraße.

103. Abt. Oberschöneweide. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich restlos an der Veranstaltung in Baumschulenweg. Treffpunkt am Sammelplatz der Baumschulenweger Genossen.

105. Abt. Adlershof. Treffpunkt 13 Uhr am Bahnhof Adlershof zur gemeinsamen Fahrt nach Baumschulenweg.

Frauenveranstaltungen.

3. Abt. Der Frauenabend fällt aus. Dafür am Sonntag, 19. Juni, Familienausflug nach Königsheide, Restaurant Waldesgrund. Treffpunkt 13 Uhr Ecke Heidekampweg und Baumschulenstraße, Linie 95. Die 2. Abteilung schließt sich dem Ausflug an.

Jungsozialisten.

Gruppe Schöneberg: Heute, Sonnabend, Fahrt zur Sonnenwendfeier am Seddinsee. Treffpunkt 20 Uhr Bahnhof Schöneberg. — **Gruppe Neukölln:** Wir beteiligen uns an der Sonnenwendfeier des Arbeiter-Kulturkartells. Treffpunkt 19¾ Uhr Hermann- Ecke Prinz-Handjery-Straße. — **Gruppe Süden:** Treffpunkt pünktlich 20 Uhr Kaiser-Friedrich-Platz zur Sonnenwendfeier im Neuköllner Volkspark.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Achtung, Abteilungsleiter! Die Filmkarten müssen bestimmt bis Dienstag, 21. Juni, abgerechnet werden. Nicht zurückgegebene Karten gelten als verkauft und müssen die Gruppen bezahlen.

Heute, Sonnabend, 18. Juni:

Treffpunkt der Gesamtorganisation zur Sonnenwende im Neuköllner Volkspark pünktlich 20½ Uhr Gneisenaustraße, am Kaiser-Friedrich-Platz (Untergrundbahnhof Hasenheide).

Treffpunkte der Abteilungen und Werbebezirke:

Falkplatz: 20 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. Nachfolgender Sonntag 7 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. Anschließend Fahrt nach Königswusterhausen. — **Humannplatz:** 19 Uhr Danziger Straße (Normaluhr). Anschließend Fahrt ins Blaue. — **Friedenau:** 19¾ Uhr Rathaus Friedenau. — **Hohenschönhausen:** 19¾ Uhr Siedlung „Kinderreiche Familie" oder 18¾ Uhr Endhaltestelle der 66. Nachzügler fahren nach der Gneisenaustraße Ecke Kaiser-Friedrich-Platz. — **Lichtenberg-Mitte und -West:** 19¾ Uhr auf dem Gärtnerplatz (Feuermelder). Fahrgeld ist mitzubringen. — **Niederschönhausen:** 18¾ Uhr Friedenplatz. — **Köpenick:** 19 Uhr Lindenstraße. — **Werbebezirk Kreuzberg:** 20 Uhr Fontanepromenade. — **Werbebezirk Tiergarten:** 19 Uhr Kleiner Tiergarten. — **Werbebezirk Osten:** 19¾ Uhr Halesches Tor (Fahnen mitbringen!). — **Werbebezirk Prenzlauer Berg:** 19 Uhr Schönhauser Allee, Danziger Straße. — **Werbebezirk Schöneberg:** 23¾ Uhr Bahnhof Tempelhof. Kosten 1,20 M. Anschließend Fahrt nach Werder-Colpinsee.

*

Werbebezirk Neukölln: Genossen und Genossinnen, die zur Sonnenwende des Arbeiter-Kulturkartells Fackeln verkaufen wollen, melden sich um 19 Uhr am Restaurant im Volkspark.

Morgen, Sonntag, 19. Juni:

Weißensee: Treffpunkt pünktlich 13¼ Uhr Mirbachplatz. Alle Genossen müssen sich dort einfinden. — **Reinickendorf-West:** Heim Seidelstr. 1. Heimabend.

Werbebezirk Tiergarten: 15 Uhr Treffpunkt Beusselbrücke. Besuch des Waldfestes der Partei.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Oranienburg: Frankfurt-Fahrer sofort anmelden, Fahrgeld 5 M. — **Sonnabend, 18. Juni. Tiergarten:** 20 Uhr Tambourkorps. Gründungsfeier und Tischbannerweihe, Arminiushallen, Bremer Straße. Gäste willkommen. **Bernau:** 20 Uhr Familienabend bei Löwe. Redner: Pol.-Obersekr. Köthe. Freunde und Gönner willkommen. Unkostenbeitrag 20 Pf. — **Sonntag, 19. Juni. Treptow:** 13¼ Uhr Abf. Treptow Antreten nach Baumschulenweg, Waldfest. **Teltow:** 7¼ Uhr Antreten Augustastraße in Bannerkleidung. — **Montag, 20. Juni. Mitte:** Alle Frankfurt-Fahrer Turnhalle Gormannstraße, 20 Uhr. **Kreuzberg:** Jungmannschaft 1: Heimabend. Vortrag des Kameraden Paul Neumann. **Neukölln-Britz:** 3. Kameradschaft Jungmannschaft 18 Uhr Spiel- und Sportabend in der Lessingstraße (Schule). Rege Beteiligung auch der anderen Kameradschaften erwünscht. 2. Kameradschaft 1. Zug 20 Uhr Zugversammlung bei Schaberta, Weichselstr. 5, Ecke Donaustraße. 2. Zug 20 Uhr Zugversammlung bei Thomahlen, Bergbergstr. 22. Vortrag des Kameraden Vogels. **Pankow:** 20 Uhr Pflichtantreten aller Spielleute Turnhalle Grunowstraße.

*

Festplaketten für das Gaufest Frankfurt a. d. O. sind von den Kassierern oder vom Gaubureau abzuholen. **Gauvorstand.**

Nach den Reichsschulmusikwochen, die das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht vom Jahre 1921 an in Berlin, Köln, Breslau, Hamburg und Darmstadt veranstaltet hat, findet die 6. Reichsschulmusikwoche in Verbindung mit dem sächsischen Ministerium für Volksbildung vom 3. bis 8. Oktober in Dresden statt.

Der Berliner Handwerkerverein veranstaltet am Sonntag unter Führung von Lehrer Voigt einen heimatkundlichen Familienausflug nach Grünau, Schmöckwitz, Gosen, Neuzittau und Erkner. Treffpunkt 8½ Uhr in Grünau, Bahnhof.

Die Generalprobe der Freiübungen für die Kinderabteilungen findet Montag, 20. Juni, 18 Uhr, im Poststadion statt. Alle Veranstaltungen, an denen Kinder beteiligt sind, fallen für die Kinder fort; es beteiligen sich alle Kinder an der Generalprobe. Dortselbst nochmals Bekanntgabe aller wichtigen Fragen zum Kreisfest.

Das Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Lichtenberg veranstaltet am Sonntag im Lichtenberger Stadion ein Kindersportfest. Zu dem vorherigen Festumzug Treffpunkt 13 Uhr Gellnberger Platz. Alle Arbeitersportler und die Kinder der weltlichen Schulen werden aufgefordert, pünktlich zu erscheinen.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. Genosse Pfarrer Bleier spricht Sonntag, 19. Juni, 10 Uhr, im Rahmen einer religiösen Feierstunde in der Trinitatiskirche Charlottenburg, Karl-August-Platz, über das Thema: „Reichtum und Christentum." Am gleichen Tage Ausflug der Vereinigung in den Grunewald. Treffpunkt 14 Uhr nahe Bahnhof Pichelsberge, Autobusverbindung Schildhorn. Ansprache von Pfarrer Bleier. Gäste herzlich willkommen.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Lichtenberg, 17. Verwaltungsbezirk. Eltern der Kinder der weltlichen Schulen Lichtenbergs! Treffpunkt zum Kindersportfest mit den Arbeitersportlern am Sonntag, 19. Juni, 13 Uhr, auf dem Grünberger Platz. Auch die Kinder treten mit an, die sich nicht an den Wettkämpfen beteiligen; für diese finden allgemeine Spiele statt.

Festspiel zum Kreisfest am 25./26. Juni im Poststadion. Die Hauptproben finden Montag, 20., und Mittwoch, 22. Juni, ½20 Uhr, im Poststadion statt. Da die Uebungen äußerst leicht und einfach sind, können auch solche Genossen, die an den ersten Proben nicht teilgenommen haben, sich noch jetzt daran beteiligen.

Sport.

Der Großkampftag der Rütt-Arena am Sonntagnachmittag verspricht ein sportliches Ereignis zu werden. Im Flieger-Dreikampf treffen sich Oszmella, Bob Spears und Peyrode. Die Mannschaften Dewolf-Stockelynck, Oskar Tietz-Tonani, Huschke-Nebe und Knappe-Krollmann bestreiten ein „Omnium", bestehend aus einem Fliegerrennen in zwei Läufen, einem Punktefahren über 20 Runden und einem Mannschafts-Verfolgungsrennen. Im „Franz Krupkat-Erinnerungsrennen" ein 30-Kilometer-Punkte-Einzelfahren, sind 13 starke Fahrer zu finden, und zwar Oszmella, Spears, Peyrode, Dewolf, Stockelynck, Tonani, Knappe, Tietz, Huschke, Krollmann, Nebe, Wette und Kühl. 15 ausgesuchte Amateurpaare bestreiten ein Stunden-Mannschaftsrennen nach Sechstageart. Erwähnt sei schließlich noch das Rundenrekordfahren, das auch dem bisherigen Rekordinhaber Bob Spears an den Start bringt. Rennbeginn 16 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

H. K. 50. 1. Ja. Bei der freiwilligen Versicherung sind Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse 2, zu entrichten. 2. Selbstversicherer sind Personen, die nicht versicherungspflichtig, aber berechtigt sind, freiwillig in die Versicherung einzutreten. 3. Lohnklasse 2. Es muß aber geprüft werden, ob die Anwartschaft noch besteht. Legen Sie die Karten dem Versicherungsamt (beim Bezirksamt) zur Prüfung vor. — **A. K. 53.** 1. Bezüglich des Abzuges bis zum Jahresschluß. 2. Nein. 3. Nur im Falle der Veranlagung darf die Tatsache nicht verschwiegen werden. — **Rente.** Ja. Der Steigerungsbetrag der Invalidenrente tritt den Leistungen der Angestelltenversicherung hinzu. — **B. S. 61.** Nein. — **M. 81.** 1. Ja. 2. Weder das preußische Disziplinargesetz noch das Reichsbeamtengesetz kennt eine Verjährung der Dienstvergehen. Die Möglichkeit der Bestrafung ist also jederzeit gegeben. — **H. L.** Dazu bedürfen Sie einer besonderen Erlaubnis. — **H. W. 26.** Im Verkehr mit Danzig ist der Sichtvermerkzwang aufgehoben. Kinder über 15 Jahre müssen sich ebenfalls im Besitz eines Passes befinden. Eine Bescheinigung des Finanzamtes ist nicht erforderlich. — **Eichwalde 31.** Nein. Die Freibeträge sind maßgebend. — **Beusselstraße.** Die Bank kann die Zahlung der Zinsen so fordern, wie es vereinbart worden ist und im Falle nichtpünktlicher Entrichtung der Zinsen gegen Sie im Klagewege vorgehen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachd. verb.): Wolkig und ziemlich warm mit Gewittern, mäßige Südwest- bis Westwinde. — **Für Deutschland:** Ueberall wolkig mit Gewitterneigung, ziemlich warm.

Die Sitte des Wochenends hat sich auch bei uns neuerdings eingebürgert. Im Freien, fern vom Lärm der Stadt, suchen die Familien Erholung. Hierzu gehört außer der nötigen Ruhe auch noch eine gute Kost. Für diese wird die Hausfrau vor Antritt der Wochenendfahrt sorgen und vor allem auch nicht vergessen, Maggis Fleischbrühwürfel mitzunehmen. Infolge ihrer handlichen Verpackung und praktisch leichten Verwendbarkeit sind sie der gegebene Wochenendproviant.

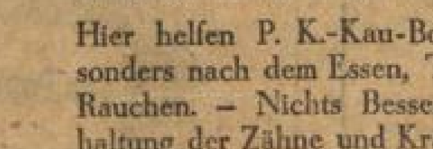
Liebreiz besticht!

Eine erfolgreiche Verkäuferin ist von einer wohligen Atmosphäre umgeben. Neben persönlicher Tüchtigkeit fallen ein appetitlicher Mund und angenehm duftender Atem in die Wagschale.

Hier helfen P. K.-Kau-Bonbons, besonders nach dem Essen, Trinken und Rauchen. — Nichts Besseres zur Erhaltung der Zähne und Kräftigung des Zahnfleisches bei Erwachsenen und bei Kindern.

G. H. 46

WRIGLEY



4 Stück 10 Pfg.

WRIGLEY A.G.

FABRIK FRANKFURT a./M.

Verkäufe

Dürkopp-Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Wlosik, Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Trotz Teilzahlung sofort Kinderwagen, Klappwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel. Ball, Große Frankfurter Straße 47.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrengarderobe verkauft spottbillig Leihhaus Friedrichstraße 2. Keine Lombardware.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Gabardine-Paletots, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen im Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Verleih hochelleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4. Norden 6803.

Wenige getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiteser Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Kavaliergarderobe, teils auf Seide, Jackettanzüge 25.—, Gabardinemäntel 30.—, Prima Maßersatzgarderobe enorm billig. Ferner Pelzmäntel 100.—, Pelzjacken 50.—, Kreuzfüchse, Ziegen 12.—. Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18.—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthaler Straße. Keine Lombardware.

Bettenverkauf! Neue 8.75! 15.—! Prachtvolle 22.50! 27.50! Bettwäsche! Steppdecken! Daunendecken! Inlett! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Möbel

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Küchenspind, Eimerspind, Küchentisch, gut erhalten, verkauft Marquardsen, Eberthstraße 15.

Massenposten. Nußbaumbüfette, Kredenzen, Schreibtische, Eckaumbaue. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Teilzahlung. Küchen, weiß, lackiert, farbig emailliert, entzückende Muster, gediegene Ausführung, Garantie. Anzahlung 15 Mark an, Wochenrate 3 Mark an. Freilieferung. Möbelschak, Brunnenstraße 180, Eingang Anklamerstraße.

Musikinstrumente

Konzertpianos, Flügel, verkauft billig, eventuell Zahlungserleichterung. Pianofabrik Steinmeyer, Friedrichstr. 16, Vorderhaus 2 Treppen.

Anzahlungsfrei. Pianoabzahlung, gebrauchte 375.—. Herer, Prinzenstraße 90 (Moritzplatz).

Linkpianos überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 25.

Fahrräder

Teilzahlung. Riesenauswahl! Diamanträder, Göckeräder, Opelfahrräder, Triumphräder, Multiplexräder, Wittlerräder, Wanderräder, bildschöne Rennmaschinen, entzückende, schnellaufende Straßenrenner, sechsjährige Garantie, langjährige Lagerbesuch. Fahrradrahmen 18.—, Ballonräder 38.—. Schlabe, Weinmeisterstraße vier.

2,50 wöchentlich, geringe Anzahlung, erstklassige Fahrräder, tauchgelötet. Fahrradhaus Eich, Chausseestraße 91.

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber. Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20 (Adalbertstraße).

Unterricht

Privatzirkel, Einzelunterricht, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchführung. Bücherrevisor Raasch, Seydelstraße 1, Spittelmarkt.

Verschiedenes

Plötzensee. Restaurant Waldhütte, Inhaber Witwe Antonie Derler, direkt am St.-Johannis-Kirchhof. Telephon Hansa 3061. Herrlicher Naturgarten. Familien können Kaffee kochen zu jeder Tageszeit. Speisen und Getränke preiswert. Treffpunkt der Vereine.

Arbeitsmarkt

Volontärstelle

an Partei-, Arbeitersport- od. Gewerkschaftsleitung für Mädchen, Angewandten, Schreibmaschinen- und Kurzschriftkund., marxistisch geschulten Parteigenossen gesucht. Angeb. unter N. 35 erbeten an den „Vorwärts".

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

Zigarettenpackerinnen

auch auf Stanniol, sofort gesucht. Nur ganz perfekte für Akkordarbeit wollen sich melden.

Zigarettenfabrik Garbaty, Berlin-Pankow, Hadlichstr.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Sonnabend-Angebot:

Kleid

Indanthrenfarbige Sommerstoffe, Blumenmuster, 42-48

8.90

Reisemantel

fesche Form, in aparten Stoffmustern

28 M

Frauenkleid

Bordürenmuster, lange Aermel, Säumchenweste, 44-48

27 M

Bordürenkleid

bedruckt Vollvoile, entzückende Farbstellungen, Größe 42—48

19.75

Mantel

flotte Herrenfasson, ganz auf Paillettefutter

49 M

Frauenkleid

reinseid. Bast, Faltenrock, Crêpe de Chine-Weste u. Kragen, 46-52

29.50

Theater Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 7½: Cavalleria rusticana — Bajazzi
Schauspielhaus 7 U.: Don Giovanni
Schiller-Theater 8 Uhr: Ehrenbürger

Städtische Oper
Charlottenburg 6½ Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg
Abonn.-Turnus II

Deutsches Theater
Norden 10334—37 8 U. Ende 10½ U.
Der Hexer

Kammerspiele
Norden 10334—37 8¼ Uhr. Ende 10 U.
Papiermühle

Die Komödie
Bismarck 2414/7516 8¼ Ende nach 10 Uhr
Der Snob
Komödie von Carl Sternheim

Theat. a. Hollendorfpl.
Kurfürst 2091
Zum 75. Male: 8 U., Ende gegen 11 Uhr
Drei arme kleine Mädels
Operette von Walter Kolb

Berneck die Perle des Fichtelgebirgs

392—575 m ü. d. M. Saison Mai mit September

Schönst gelegener, windstillster Kurort des Fichtelgebirges, mitten im Wald. Ausgedehnte, schattige Spaziergänge in Tal und Berg. Terrainkuranlage nach Prof. Oertel. Licht-, Luft- und Schwimmbad im Wald. Tennisplatz, Spielplatz. Fischereigelegenheit. Kurhaus mit Lesesaal.

Zum Kurgebrauch das kieselsäurehaltige Wasser der **Silvana-Heilquelle** Groschlattengrün.

Vorzügliche Kurkapelle konzertiert 26. Mai bis 11. September tägl. 2 mal, Sonntags 3 mal. Jeden Mittw. u. Samstag Reunion.

Gute sanitäre Einrichtungen, behagliche Gasthaus- und Privatwohnungen. Vorzügliche, preiswerte Verpflegung.

Prospekt K und Wohnungsverzeichnis unentgeltlich durch
Städtische Kurverwaltung Berneck i. F.

SCALA
Nollendorf 7360 8 Uhr
Noni und **Horace** und weitere **8 für Berlin neue Attraktionen**
Sonntags u. Sonntags 2 Vorstellungen 3⁰⁰ und 8 Uhr, 3⁰⁰ zu ermäßigt. Preisend. ganze Programm

CASINO-THEATER 8 Uhr:
◆ Unwiderruflich nur bis 19. Juni ◆
Der Fehltritt einer Frau.
Gutschein: Faut. 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

WINTERGARTEN
im Rahmen des neuen Varieté-Spielplans
DAGMA
das ungelöste Rätsel.
Rauchen gestattet!

Freilicht-Bühne am Finkenkrug.
„Osthavelland"
von Wolfgang Goetz.
Täglich 6 Uhr bis 18. d. Mts. Am 19. Juni 3 und 6 Uhr nachm. Preise der Plätze 0,50 bis 5 Mk. Vereine u. Gesellschaften von mehr als 30 Pers. 50 % Ermäßigung.
Vorverkauf an allen Theaterkassen der Firma A. Wertheim.
32 Min. v. Lehrter Bahnhof. Autobus an d. Bahnhöfen Seegefeld u. Finkenkrug.

Reichshallen-Theater
8 Uhr. 8 Uhr:
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
„Eine Hochzeit in der Müllerstraße"
Dönhoff-Brett'l: Varieté, Konzert, Tanz

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Heute, Sonnabend, den 18. Juni, findet im Saalbau Friedrichshain (am Königstor) die
Feier des 30jährigen Bestehens
der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes
statt, die gleichzeitig mit einem
Freundschaftsfest
der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Kupferschmiede verbunden ist.
Es wirken mit:
Männerchor Fichte-Georginia
Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes
Freie Turnerschaft Groß-Berlin
Sprechchor der Freien Gewerkschaftsjugend
Orpheum-Sänger
und außerdem bekannte Künstler vom Berliner Varieté-Theater.
Bei Eintritt der Dunkelheit wird ein symbolisches Feuerwerk abgebrannt.
Die Veranstaltung beginnt nachm. um 3 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt einschl. der Steuer für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 10 Pf.
Erwerbslose erhalten gegen Vorzeigung ihrer Erwerbslosen-Stempelkarte und ihrer Mitgliedsbuches am Garteneingang für sich und ihre Angehörigen freien Eintritt.
Wir erwarten, der Bedeutung des Tages entsprechend, außerordentlich zahlreichen Besuch.
Bei ungünstigem Wetter finden die Vorstellungen im Saal statt.
Die Ortsverwaltung.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr: Ein Sommernachtstraum. Morgen 8 Uhr: Ein Sommernachtstraum.
Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr: Jan der Wunderbare

Theater des Westens
8¼ Uhr
Heinrich Heines erste Liebe
Sommerpr. 1—8 M.

Rose-Theater
Gartenbühne
5½ Uhr: Konzert und Bunter Teil
8 Uhr
Der Vogelhändler
8¼ Uhr
Die Perle aus Pommern

Lichtspiele-Palast Tr. Königgrätz. St. Hasenheide 2110
8 Uhr:
Die Schule v. Uznach

Komödienhaus
Norden 6304
8 Uhr
Weiße Fracht

Komische Oper
8¼ Uhr: 8¼ Uhr:
Berlins einzigste Revue: Streng verboten!!!
Die Revue der verbotenen Leidenschaften!
Ueber 200 Mitwirk. / 8 Ballette.
Vorverkauf z. d. Theaterkassen ab 11 Uhr unentgeltlich

Theater am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr:
Vom 16.-30. Juni
Gastspiel der Original **Leipziger-Fritz-Weber-Sänger**

Lustspielhaus
8¼ Uhr:
„Der Apfel"

Metropol-Theat.
Täglich 8¼ Uhr
Glück in der Liebe

Thalia-Theater
8 Uhr:
Wenn der junge Wein blüht

CIRCUS BUSCH
Morgen letzter Tag!
2×, 3½ und 8 Uhr:
„Am grünen Strand der Spree"
Eine Freikarte erhalten Sie gegen Abg. dieses Inser. allabendlich 8 Uhr bei Lösung eines Sitzpl.

Altenburg-Lichtspiele Ots. Künstler-Th. 8¼ Uhr:
Bitte, wer war zuerst da?

Lessing-Theater
8¼ Uhr:
Eugen Klöpfer mit seinem Ensemble
Abgemacht — Aus!

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52
Vom 17. bis 20. Juni 1927
HARRY PIEL in
Sein größter Bluff
Bühnenschau. Jugendl. haben Zutritt

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Vom 17. bis 20. Juni 1927
ASTA NIELSEN in
Dirnentragödie
Ferner: Bühnenschau

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 48
Vom 17. bis 20. Juni 1927
U. 9. Weddigen
Ferner: Bühnenschau
Jugendliche haben Zutritt

Walhalla-Theat.
Werbetage:
Täglich 8¼ Uhr:
Die von der Liebe leben!
Jugendliche haben Zutritt
Vorzeiger zahlt Parkett statt 4 Mk. nur 1 Mk.

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
10 Pf. 100 Mark
gegen Nachahmung gesetzl. geschn.
fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Leipzig-Skeuditzch

Spritzpumpen
zum Reklamepreis v. 7 M. an
verkauft
Krüger & Lathan
Alexanderstr. 14

Beleuchtungskörper
Gegen Monats- 12 Raten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Reederei Kieck
Falckensteinstr. 49 Moritzpl. 8197
Ab Oberbaumbrücke täglich (außer Sonnabend)
Dampferextrafahrten nach
Sonntags 8½ Uhr früh und 2 Uhr mittags
Wochentags nur 9 Uhr früh
Neu-Heringsdorf — Hin u. zurück Sonnt. 1,50 M. Wochent. 1 M. Kind. d. Hälfte
Neu-Helgoland
Woltersdorf, Schleuse — Hin u. zurück Sonntags 2 M. Wochent. 1,50 M. Kinder die Hälfte
Täglich 1 Uhr früh (auch Sonnab. u. Sonnt.) **Grünheide** mit Dampfbahn bis Alt Buchhorst — Hin und zurück 2 M. Kinder die Hälfte

Jahresschau DRESDEN
1. Juni-30. September 1927

Stockfaternen mit Stock, Dtz. 60, 75 Pfg. **Packeln** Dtz. 60 Pfg. **Lampions** Dtz. 75 Pfg. an, **echte Japanlaternen** v. 60 Pfg. an. **Papiermützen** Dtz. von 20 Pfg. an. **Girlanden** Dtz. von 50 Pfg. an. **Wachsfackeln,** 1 Stunde br., 35 Pfg. **Magnesium-Packeln,** 60 cm lang, 60 Pfg. **Bengalfeuer** Pfd. 60 Pfg. u. 1 Mk. **Verlosungsartikel** für Kinder, Dtz. 60 Pfg. an. **A. Maas & Co. G.m.b.H.,** Markgrafenstr. 54 an der Lindenstraße. **Kommissionsware** bei teilw. Festkauf

J. BAER
BADSTR. 26 ECKE PRINZENALLEE
Fertige
Herren- u. Knaben-Bekleidung
in nur anerkannten Qualitäten für jede Figur
Die
Maßabteilung
unter Leitung bewährter Zuschneider, bringt das Geschmackvolliste hervor
Große Auswahl in Gabardine-, Gummi- und Lodenmäntel, Windjacken, Sport- und Berufskleidung

Sonnabend
18. Juni 1927

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Masilo und Masilonyane.

Ein afrikanisches Märchen der Basuto.

Eines Tages gingen Masilo und Masilonyane auf die Jagd; sie kamen an einem verfallenen und verlassenen Dorfe vorbei. Masilonyane begab sich in das Dorf und schickte sich an hindurchzugehen, während sein Bruder um dasselbe herumging. Während Masilonyane durch das Dorf ging, kehrte er große Gefäße um, die er in dem Dorfe umgestülpt fand; schließlich bemerkte er eins, das größer war als die anderen; er stieß es an, aber vergebens, das Gefäß rührte sich nicht. Da wandte er sich um und rief den Masilo herbei:

„Komm und hilf mir dies Gefäß umkehren, es will sich nicht bewegen."

Masilo antwortete: „Laß es nur liegen. Was hast du umgestülpte Gefäße aufzurichten?"

Aber Masilonyane bückte sich wiederum, strengte sich sehr an, und am Ende wich das Gefäß mit lautem Geräusch. Eine alte Frau kam sogleich daraus hervor, und als Masilonyane das Gefäß wieder über sie decken wollte, sprach sie zu ihm:

„Mein Söhnchen, du hast mich befreit und willst mich wieder einsperren! Du siehst, daß ich damit beschäftigt war, rote Gerste zu mahlen." Darauf sagte sie zu ihm: „Trage mich auf deinem Rücken." Kaum hatte sie dies gesagt, da hatte sie auch schon einen Anlauf genommen und war sogleich auf dem Rücken des Masilonyane. Dieser rief den Masilo zu Hilfe, der aber erwiderte ihm:

„Ich habe dir doch gesagt, du solltest die umgestülpten Gefäße in Ruhe lassen."

Darauf spottete er über ihn und entfernte sich lachend. Masilonyane folgte ihm in einigem Abstand, indem er die Alte auf dem Rücken trug. Nochmals rief er ihm zu:

„Ach, mein Bruder, hilf mir doch ein wenig, diese Alte tragen."

Die Alte aber wollte davon nichts wissen.

„Nein, nein, mein Söhnchen, du mußt mich tragen."

Ein wenig weiter bemerkte Masilonyane ein Rudel Kama-Antilopen, das vorbeikam; da sprach er zu der Alten: „Großmutter, steig' ein wenig ab, ich will rasch eins dieser langbeinigen Tiere erlegen, um dir daraus einen Traggürtel zu machen, in dem ich dich tragen kann."

Die Alte ließ sich zur Erde gleiten, und Masilonyane machte sich auf die Verfolgung der Antilopen; doch als er außer Sehweite war, verbarg er sich in einer Erdhöhle. Als die alte Frau bemerkte, daß er nicht zurückkam, machte sie sich daran, ihn zu verfolgen, indem sie sagte: „Da ist die Spur des einen der kleinen Füße meines Söhnchens, und da ist die Spur des anderen." Alsbald kam sie an den Ort, wo er sich versteckt hatte, und war mit einem Sprunge wieder auf seinem Rücken.

So setzten sie ihren Weg fort, indem eins das andere trug. Etwas weiterhin sah Masilonyane eine Gazelle in der Ferne vorbeikommen, da sagte er:

„Großmutter, steig' ein wenig ab, damit ich dies langbeinige Tier erlegen kann, um dir einen Traggürtel zu machen, in dem ich dich tragen kann."

Die Alte ließ sich zur Erde gleiten; Masilonyane entfloh und verbarg sich, so gut er konnte. Die Alte verfolgte ihn wie das erstemal, indem sie sagte: „Da ist die Spur des einen der kleinen Füße meines Söhnchens, und da ist die Spur des anderen."

Als sie in seine Nähe kam, rief Masilonyane seine Hunde herbei und sagte zu ihnen:

„Saa! Verschlingt sie ganz und gar, doch laßt mir die große Zehe übrig." Die Alte hatte in der Tat eine Zehe, die ebensogroß war wie ein Menschenbein. Die Hunde stürzten sich auf sie und ergriffen sie bei den Fersen; da rief sie:

„Mein Söhnchen, habe Mitleid mit mir!"

Aber die Hunde töteten und verschlangen sie alsbald und ließen von ihr nur die große Zehe übrig.

Masilonyane kam herzu, nahm seine Axt und schlug damit auf die große Zehe. Da kam daraus eine Kuh hervor, bunt wie ein Perlhuhn. Er schlug ein zweites Mal, und eine ebensolche Kuh kam heraus. Da lief Masilo, der das alles von weitem mit angesehen hatte, herbei und sagte zu seinem Bruder:

„Gib mir meinen Anteil."

Masilonyane erwiderte: „Gewiß nicht! Du hast dich geweigert, mir zu helfen."

Er setzte seinen Weg fort, und sein Bruder folgte ihm, indem er ihn fortwährend bat, ihm eine seiner Kühe zu geben, aber Masilonyane wollte nichts davon wissen. Plötzlich sagte er:

„Ach, wie durstig ich bin! Wo können wir Wasser finden?"

Masilo antwortete: „Es gibt hier ganz in der Nähe eine ausgezeichnete Quelle."

Sie begaben sich dorthin; es war eine Quelle, die ein großer flacher Stein bedeckte. Sie schoben ihre Speere unter den Stein und hoben ihn hoch. Darauf sprach Masilo zu seinem Bruder:

„Halte den Stein, während ich trinke, und ich werde ihn hernach halten, wenn du trinkst."

Aber als sich Masilonyane über das Wasser beugte, um zu trinken, ließ Masilo den Stein fallen, der Masilonyane zerquetschte.

Man erzählt, daß das Herz des Masilonyane darauf seinen Körper verließ und als ein Vogel zu seinem Dorfe flog, wo es anfing zu singen:

„Tsuidi! Tsuidi! Masilo hat den Masilonyane getötet wegen der schönen Kuh von Perlhuhnfarbe."

Die Leute überall im Dorfe riefen: „Hört diesen Vogel, er sagt: Masilo hat den Masilonyane getötet wegen seiner schönen Kuh von Perlhuhnfarbe."

Die Leute warteten voller Ungeduld und wußten nicht, was das zu bedeuten habe. Als Masilo mit seinen beiden Kühen ankam, riefen die Leute:

„Ach, was für wunderbare Tiere!"

Darauf fragte man ihn: „Wo ist Masilonyane?"

„Ich weiß nicht; wir sind jeder unseren Weg gegangen, der eine nach der einen Seite, der andere nach der anderen Seite."

Darauf fragte man den Vogel, der niemand anders als Masilonyane war. Der sagte ihnen:

„Ich bin von Masilo getötet worden; ihr könnt zu jener Quelle gehen, da werdet ihr meine Kleider finden."

Die Leute eilten zu der Quelle und fanden die Kleider des Masilonyane, die sie ins Dorf brachten. Da sprach Masilonyane:

„Masilo, behauptest du wirklich, daß diese Kühe dir gehören?"

Der antwortete: „Ja."

„Wenn sie dir gehören, warum hast du mich dann getötet?"

Da riefen die Leute im Dorfe: „Fürwahr, fürwahr, das ist das Herz des Masilonyane, das uns alles gesagt hat, wie es geschehen ist."

Masilonyane war wieder ein Mensch wie früher geworden.

(Uebertragen von Dr. H. Kunike.)

Pack.

Von Erna Büsing.

„Männer stehen immer unter Füßen rum," schimpfte Frau Sperling. Sie hatte es sich nämlich in dem so holterdiepolter gebautem Nest schön bequem machen wollen, dabei fiel ein Ei heraus, machte laut platsch und war kaputt. Nun mußte sie doch zur Erleichterung ihres Grolles auf ihren Mann schelten, der zufällig in der Nähe gehockt hatte.

Vater Sperling sagte nichts. Er war auf seine Art so ein Stück Philosoph und verstand sich auf Frauen. Recht umständlich kratzte er sich unter seinen schwarzen Kehlfedern — dem Zeichen seiner edlen Männlichkeit — denn die Milben bissen mal wieder ganz gemein.

Er mußte es sich selbst eingestehen, sein Nest war überhaupt nicht nach seinem Geschmack. Es befand sich in einer Großstadt, in einem Mauerloch des Hauptportals des Hauptbahnhofs. Aber Frau Spätzin hatte es so bestimmt. In diesem bröckelnden, eilig mit aufgelesenen Halmen ausgepolsterten Loch wollte die tapfere Mutter viermal in diesem Jahre Junge großziehen. Der Vater hatte Furcht vor den Menschen, die dann und wann große Leitern anstellten und von schwanker Sprosse aus die Fenster des Hauptportals putzten. Doch die Frau hatte einen sicheren Instinkt. Sie wußte, diese rauhen, harten Hände können lind sein, sie tun einem kleinen Vogelleben und einem winzigen Vogelglück nichts zuleide.

Der Spatzenmann ließ seine Frau gewähren, denn schließlich war sie ja die Stammutter neuer Spatzengeschlechter. Sie hatte im Grunde genommen Recht, um die Art zu erhalten, mußte man rauh mit den Jungen sein. Die durften nicht ludern auf weichem Lager, die mußten frühzeitig schwer bekömmliche Speisen verdauen. Das goldene Zeitalter der reichlichen Pferdeäpfel war vorüber, jetzt hieß es, sich umstellen. Es galt, den Menschen zu belauern. Vielleicht aß mal ein Dienstmann ein Stückchen Brot, warf ein Chauffeur eine Wurstpelle in den Rinnstein und zerkrümelte ein halb totgedrücktes Kind in dem allgemeinen Gedränge nach Zugankunft ein Stückchen Kuchen. Man mußte sich dem Tempo der Zeit anpassen, man mußte schneller werden. Oft zustoßen wie ein Raubvogel und mitunter dummerweise Sachen mitschleppen, die sich später tatsächlich trotz aller Mühe als unfreßbar erwiesen. Man mußte Lokomotivqualm und Benzingestank schlucken können und womöglich auf dem Verdeck eines wartenden Automobils sitzen und die ekelhaft nach Großstadt riechenden Federn auf Milben durchsuchen. Wirklich, man mußte fressen, trinken, sich laufen, alles mit Eilzugsgeschwindigkeit. Vorüber sind die schönen Zeiten, wo der Spatz zur Beschaulichkeit der Natur und zur Gemütlichkeit des Kleinstadtlebens gehörte. Er hat sich ganz und gar angepaßt und ist ein ruppiger, dreckiger, frecher Großstadtlümmel geworden.

Sie wurden groß, die Jungen der besagten Frau Spatz. Als sie den ersten Ausflug mit ihnen machte, blieb der Vater vor Schaudern zu Hause. Er wollte nämlich nach einem nahen, halbverfallenen Kirchhof, wo ein paar alte Bäume standen. Jedoch Frau Spatz wehrte ab. Was gilt heute noch die Natur? Rein in die Großstadt! Und bums schaukelte sie mit den Jungen auf den Drähten der elektrischen Bogenlampen, welche die Hauptstraße überspannten. Feine Restaurants hatten ein paar Efeuwände und verstaubte blühende Blumen als Garten aufgebaut, und Dämchen und Herren saßen unter einer Leinwand im Freien, zeigten ihre Kleider, machten Bekanntschaften und sogen Asphaltgestank als frische Luft ein. Da entdeckte Frau Spatz ein Stückchen Käsetorte, das der Kellner, um die Hände frei zu bekommen, auf einen leeren Tisch setzte. „Auf Vordermann bleiben," schrie sie den Jungen zu, und im Nu stieß sie auf die Torte nieder. Die Spatzen fraßen, als ob's in Akkord ginge. Auf einmal tat ein Dämchen einen hysterischen Schrei und trommelte so heftig mit den Fingern auf die Marmortischplatte, daß einer der gelackten Fingernägel brach. Der Kellner kam und schlug mit der Serviette. Die jungen Spatzen kriegten einen Riesenschreck, verdauten im Augenblick, und einen Teil der genossenen Käsetorte ließen sie anstandshalber, wenn auch in veränderter Form, zurück. Schrrr ging's dann fort und sogleich auf die Bogenlampendrähte.

Frau Spatz war stolz. Sie ließen sich gut an, die Jungen, waren nicht hochgeflogen nach übler Naturvogelmanier, um sich, wie es diesmal der Fall gewesen wäre, unter dem Zeltdach zu verflattern, sondern sie hatten sofort seitlich den Ausgang gefunden. Also, ihre Kinder waren der Großstadt gewachsen, und dann guckte Frau Spatz auf die noblen, ach, so empörten Menschen und schimpfte: „Pack, Pack, Pack."

Der Wettstreit.

Die Rote Fahne: „Ich bin viel größer als der Vorwärts!"

Der Vorwärts: „Ja — im Maulaufreißen!"

Elterliche Allmacht.

Von Fritz Wittels.

Im Hippokrates-Verlag (Stuttgart, Berlin, Zürich) erschien das Buch eines Wiener Psychologen, der die psychoanalytischen Feststellungen an Kindern, überhaupt das heutige Wissen um die Seele des Kindes in lebendiger Form der Allgemeinheit vermittelt und von da aus die Erziehungsfragen beantwortet. Fritz Wittels hat seinem Buch den bezeichnenden Titel „Die Befreiung des Kindes" gegeben. Wir teilen unseren Lesern mit Zustimmung des Verlags eine Probe daraus mit:

Freud hat fast an den Anfang seines Werkes das Wort gesetzt: „Der Tod des Vaters ist das wichtigste Ereignis im Leben eines jeden Mannes." Wir werden statt Vater beide Eltern setzen und statt „jeden Mannes" jedes Menschen. Diese Einschätzung hat nichts Mystisches an sich, sondern die großen übermächtigen Figuren stellen sich in unserer Kultur so vor das Kind, daß dieses alle Kräfte seines kleinen Seelchens gebrauchen muß, um mit ihnen fertig zu werden, und sie doch nicht verschlucken kann. Die Liebe reicht nicht aus und nicht der Haß. Die Riesen zu annullieren geht nicht an, sich mit ihnen identifizieren kann nicht restlos gelingen. Sich ihnen völlig unterordnen kann das Kind nicht. Gegen sie protestieren wird mit furchtbaren moralischen Schlägen beantwortet. Kurz: zwischen Eltern und Kindern wird ein seelischer Mechanismus mobilisiert, der so gut geölt ist, daß er nicht knarrt. Er arbeitet unhörbar. Aber er arbeitet, und der Nervenarzt weiß ein Liedchen davon zu singen.

Der Psychoanalytiker hört, was sich Nervöse aus der Jugendzeit gemerkt haben. Die Eltern werfen Worte hin, denen sie selbst vielleicht keine Bedeutung beimessen. Das Kind nimmt sie als Ausdruck und Beweis der Lieblosigkeit zur Kenntnis und schreibt sie wie eine Devise über alles fürdere Geschehen. Du bist ein Feigling! sagt die Mutter. Das Kind wird ein Feigling, denn die Mutter hat es gesagt. Aus dir wird nichts, du bist ein Lump und bleibst ein Lump! sagt der Vater. Das Kind wird entweder wirklich nichts oder es überbaut den Fluch des Vaters und steigt von Stufe zu Stufe, um dem vielleicht längst verstorbenen Vater zu beweisen, daß er unrecht hatte. Des Vaters Mahnung behält aber dennoch recht, und so entsteht Erfolglosigkeit oder trotz Höchstleistungen dauernde Unzufriedenheit mit sich selbst.

Die Kinder besonders tüchtiger und erfolgreicher Eltern sind immer gefährdet. Der Vater hat vielleicht klein angefangen und wie ein Tank gearbeitet, bis er über alle Hindernisse hinweg etwas geworden ist. Das Sieghafte geht von ihm aus, er füllt das Haus mit seinem Willen, immer gut aufgelegt, alle Schwierigkeiten bagatellisierend: ein ganzer Kerl. Gewöhnlich hat so einer mehrere oder gar viele Kinder und tut, was er tun kann, um die Familie ordentlich aufzubringen. Aber der Erfolg lohnt diese Mühe nicht. Das Leben konnte er zwingen. Seinen Kindern kann er die Kraft nicht einhauchen, die ihn selbst beseelt. Dann wird er ungeduldig und ruft wohl aus: Taugenichtse seid ihr, Schwächlinge, Traumichnichte — ich war anders! Auch das wird wahr: die zweite Generation verdirbt, was die erste aufgebaut hat. Noch vor ganz kurzer Zeit suchte man hinter diesem Prozeß des Aufstieges und Abstieges Entartung (Degeneration) und erbliche Belastung. Heute ist man psychologisch geworden und weiß, daß die Kinder in ihren Seelchen von wuchtenden Vätern gebrochen werden.

Die moderne Erziehung besitzt noch ein Mittel, um den Kindern diesen und manchen anderen Konflikt zu erleichtern, und das ist die Gemeinschaftsschule. Man bringe die Kinder unter ihresgleichen und fort aus der Arena des ungleichen Kampfes. Stellen wir uns eine Gruppe von Bergsteigern vor. Die einen sind trainiert, die anderen nicht. Nach kurzer Zeit werden die Nichttrainierten zurückbleiben, den Mut verlieren und umkehren. Sie erreichen den Gipfel nicht. Wenn man die beiden Parteien voneinander trennt und gesondert aufsteigen läßt, dann werden auch die Nichttrainierten langsam aber sicher hinaufkommen.

Man erspare ihnen die lieblose Kritik: du bist ein Feigling, ein kleines Dummerl, aus dir wird niemals etwas werden! Wie sollen Kinder gegen diese entmutigenden Worte aufkommen? Die Kleinen werden Lügner und wortbrüchig und alles Mögliche gescholten, bevor sie überhaupt wissen, was eine Lüge oder ein Wortbruch eigentlich sei. Man straft die Kinder, bevor sie den geringsten Zusammenhang zwischen Schuld und Strafe begreifen. Gibt es denn überhaupt einen zureichenden solchen Zusammenhang? Alle diese Erziehungsfehler begehen die Eltern im guten Glauben.

Was Kinder am schwersten ertragen, ist der Zwang. Wenn sie sehen, daß die Eltern ebenfalls unter einem Zwang stehen, dann kommt ihnen der eigene Zwang weniger unangenehm zum Bewußtsein. Sie fügen sich, weil sie sehen, daß auch die Eltern ihrerseits sich fügen müssen.

Wo Vater und Mutter hart arbeiten, dort ist es besser, als wo die Kinder nichts anderes sehen oder zu sehen vermeinen als ein Phäakenleben, aus dem hervorgeht, daß die Kinder immerfort müssen oder nicht dürfen, während die Erwachsenen wie im Paradies dahinleben. Hier ist wohl der Hauptgrund, warum in wohlhabenden Kreisen so viele Taugenichtse heranwachsen.

Ein tragisches Erfinderschicksal.

Die Stadt Bolton in England begeht jetzt durch große Festlichkeiten die hundertjährige Wiederkehr des Todestages ihres größten Sohnes, des Webers Samuel Crompton, der durch die Erfindung der sogenannten „Mulemaschine" die Baumwollspinnerei auf eine ganz neue Grundlage stellte und den hohen Aufschwung der englischen Textilindustrie begründete. Der Mann, der so vielen zu Reichtum und Wohlstand verholfen, war aber selbst ein armer Teufel, als er nach schwerem Lebenskampf am 26. Juni 1827 die Augen für immer schloß. In seinem Schicksal, das uns aus diesem Anlaß von Thomas Midgley zum erstenmal eingehend geschildert wird, offenbart sich die alte Erfindertragödie. Crompton gehörte zum Geschlecht der Bastler und Träumer, denen ein künstlerischer Zug eigen ist. In dem Heim seiner Mutter, die eine Hausweberei hatte, erfand er mit den einfachsten Geräten seine Maschine, die die Vervollkommnung der sog. „Jenny" von Hargreaves und der „Waterspinnmaschine" Arkwrights war, also ein Bastard aus diesen beiden Maschinen, und daher von ihm „Mule" oder Maulesel genannt wurde. Es gelang ihm damit, einen Faden von größerer Feinheit und besserer Qualität zu gewinnen, als er bis dahin hervorgebracht worden war, und damit eröffnete sich für die englische Industrie die Möglichkeit, feine Musseline herzustellen und überhaupt bessere Textilwaren zu liefern. Der Träumer Crompton selbst war nicht imstande, seine Erfindung geschäftlich auszubeuten. Aber das feine Tuch, das er mit der Hand spann, erregte großes Aufsehen, und von allen Seiten, ja aus weiter Ferne kam man herbei, um die Wundermaschine zu bestaunen. Er hat später selbst gesagt, daß er nur die Wahl gehabt habe, seine Maschine zu zerstören oder sie dem Handel zu überlassen. Er verkaufte seine Erfindung an einzelne Leute und hoffte, damit wenigstens 4000 Mark zu verdienen, aber dieser Verkauf brachte ihm im ganzen nur 1450 Mark ein, und die einzelnen Beträge mußte er sich noch mühsam bei den Nutznießern seiner Erfindung einsammeln. Die ungeheure Ungerechtigkeit, die darin lag, daß der Spender so großen Segens im Elend blieb, rührte aber doch das Gewissen der Nation. Man veranstaltete 1803 eine Sammlung, die ihm die Summe von 8800 Mark brachte, und dann griff das Parlament ein und gewährte ihm 1812 eine Spende von 100 000 Mark. Trotzdem ist Crompton auf keinen grünen Zweig gekommen. Nach den Forschungen Midgleys waren es seine verschwenderischen Söhne, die ihm alles Geld abnahmen. Er selbst fristete in den letzten Jahren sein Leben damit, daß er alte Maschinen ausbesserte.

Gefährliche Reichsbahn-Experimente.

Beseitigung des Stationsdienstes auf Nebenbahnen. – Rationalisierung am falschem Ort.

In den Reichsbahndirektionen Königsberg, Stettin und Trier werden auf einzelnen Nebenstrecken neue Verfahren ausgeprobt, die dazu dienen sollen, den Betrieb und Verkehr der Reichsbahn zu verbilligen. Es handelt sich in der Hauptsache um den Versuch, inwieweit ohne Gefährdung der Betriebssicherheit und Schädigung des Verkehrs die Aufgaben des Stationsdienstes auf das Zugpersonal, das in Abhängigkeit von einer sogenannten „Zugleitstation" gebracht wird, übertragen werden können.

Vorweg dürfte schon jetzt festgestellt werden, daß die von der Hauptverwaltung herausgegebenen

Richtlinien zur Verbilligung des Betriebs- und Abfertigungsdienstes auf Nebenbahnen

geeignet sind, den Betrieb und den Warenumlauf wesentlich zu verlangsamen, die Betriebsgefahren für alle Beteiligten wesentlich zu erhöhen und überdies noch höhere Dienstleistungen aus dem schon heute stark überlasteten Personal herauszuholen.

Grundsätzlich sollen bei der definitiven Regelung die Bahnhöfe gewisser Nebenbahnstrecken durch stationäres Personal überhaupt nicht mehr besetzt sein. Das Personal des einfahrenden Zuges soll den Dienst auf den Stationen übernehmen. Mit Abfahrt eines jeden Zuges ist der Bahnhof dann wieder unbesetzt. Das bedeutet, daß eine Fahrdienstleitung auf diesen Stationen überhaupt nicht mehr stattfindet. Da das Zugmeldeverfahren wegfällt, müssen sich die Gefahren für Zugzusammenstöße auf den Stationen sowohl, wie auch auf freier Strecke vermehren. Wenn nach den gegebenen Richtlinien jeder Zug vor der Einfahrt in einen unbesetzten Bahnhof zu halten hat und der Zugführer verpflichtet ist, vor der Weiterfahrt sich zu überzeugen, daß die Fahrstraße für die Einfahrt des Zuges in Ordnung ist, so stellt diese Vorschrift eine Unmöglichkeit dar, da die Entfernungen und Witterungseinflüsse dem Zugführer oftmals jede Möglichkeit hierfür nehmen. Diese Vorschrift hat die schwerwiegende Bedeutung, daß bei Zusammenstößen und Entgleisungen jedesmal ein Beamter der unteren Besoldungsgruppen als Blitzableiter und Sündenbock vor den Staatsanwalt kommen wird. Entschieden zu protestieren ist gegen die Bestimmung, daß auf den Strecken, bei denen die Hauptverwaltung aus Ersparnisrücksichten glaubt, auf einen Zugführer verzichten zu können,

der Lokomotivführer vor Antritt der Fahrt die Dienstobliegenheiten des Zugführers wahrzunehmen hat.

Damit wird die Einmannbesetzung der Lokomotive mit ihren großen Gefahren, die z. B. gelegentlich des Unfalles bei Reutte in die Erscheinung traten, in den normalen Zugdienst übertragen. Die Oeffentlichkeit hat alle Veranlassung, sich gegen derartige Experimente der Reichsbahnverwaltung auf das entschiedenste zu wehren. Ebenso gefährlich ist die Bestimmung, daß bei Besetzung der Lokomotiven mit zwei Beamten die reine Arbeitszeit im 30tägigen Zeitraum in der Regel mindestens 260 Stunden betragen soll.

Auch die Streckenbegehung soll derart eingeschränkt werden,

daß im allgemeinen ein wöchentlich dreimaliger Streckenbegang genügt. Bei besonderen Verhältnissen glaubt die Verwaltung sogar mit einer wöchentlich einmaligen Kontrolle auskommen zu können. Zum Widerspruch reizt auch die Bestimmung, nach der die Wegeschranken auf freier Strecke möglichst zu beseitigen sind. Erhöhter Verlust von Menschenleben und Gütern wird die Folge davon sein. Geradezu klassisch mutet die wörtliche Begründung für diese Ersparnismaßnahme an: „Das Vorhandensein dieser Schranken darf nicht ohne weiteres als Hinderungsgrund für eine etwa sonst mögliche Personaleinschränkung (Nichtbesetzung der Station) angesehen werden."

Auf derartigen Stationen hat den gesamten Verkehrsdienst, d. h. Fahrkartenverkauf und Güterabfertigung, der Zugführer des einlaufenden Zuges wahrzunehmen, obwohl die Bearbeitung eines einzelnen Frachtbriefes u. a. stundenlange Arbeit erfordern kann. Soll die Annahme und Ausgabe von Gütern sich nur auf die Aufenthaltszeiten der Züge beschränken, dann muß jeder sich nach stundenlangem Wege nur kurze Zeit verspätende Absender oder Empfänger wieder umkehren und am nächsten Tage wiederkommen; hat dann jedoch außerdem noch Lager- oder Standgeld zu zahlen. Geradezu sträflich ist die Sorglosigkeit, mit der die Reichsbahn bestimmt, daß

die Bereitstellung von Wagenladungen zur Entladung als Ablieferung an den Empfänger angesehen werden muß.

Der Zugführer hat sich nur von der ordnungsmäßigen Beschaffenheit des Wagens und der Ladung zu überzeugen und fährt weiter. Der Empfänger der Sendung, der vielleicht erst am Abend des betreffenden Tages vom Einlauf des Wagens Kenntnis erhält, kann dann erleben, daß ein Unberechtigter die Ladung inzwischen lange abgefahren hat. Der richtige Empfänger kann in solchem Falle irgendwelche Ersatzansprüche an die Verwaltung nur dann stellen, wenn er in der Lage ist, den Nachweis zu führen, daß die Eisenbahn schuldhafterweise ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist; ein Nachweis, der gegenüber den neuen Bestimmung, wodurch die Bereitstellung zur Entladung als Ablieferung an den Empfänger anzusehen ist, kaum jemals erbracht werden kann. Man stelle sich bei dem im Güterzugverkehr oft stundenlangen Verspätungen die Folgen für die Abfertigung von Leichen und von lebenden Tieren vor. Wenn in glühender Sommerhitze oder in starker Kälte lebende Tiere durch eine derartige Abfertigung verenden, hat die Eisenbahn Schadenersatz ebensowenig zu leisten.

Dieses aus reinen Ersparnisgründen erdachte neue Abfertigungssystem ist für die Verhältnisse eines Kulturlandes selbst bei schwachem Nebenbahnverkehr vollkommen ungeeignet und unter allen Umständen abzulehnen. Die Gefahren werden bedeutend gesteigert, der Warenumlauf verlangsamt und auch das Personal über Gebühr beansprucht. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Reichsverkehrsminister für die Dauer des Versuches bereits die Abweichungen von der Eisenbahn-Verkehrsordnung genehmigt hat, daß also schon Gefahr im Verzuge ist. Dabei tritt eine Personalverminderung kaum ein, da die gesamte Rechnungslegung und Kassenführung der unbesetzten Bahnhöfe, die bestimmungsgemäß für jeden Bahnhof getrennt zu geschehen hat, einem sogenannten Mutterbahnhof übertragen werden soll. Es erfolgt also nur eine Verschiebung des Personals nach diesen Mutterstationen hin. Nutzen und Gefahren dürften bei diesem Rationalisierungsversuch also in entgegengesetztem Verhältnis stehen. Hoffentlich führen schon diese Darlegungen dazu, daß die Reichsbahn-Gesellschaft erkennt, daß hier der Gedanke der Rationalisierung durch seine schematische und überspannte Anwendung eher schädigend als fördernd wirken muß.

Die Früchte der Rationalisierung.

Wer erntet sie?

Am 15. Juni hat der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller durch seinen Syndikus, den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Reichert, behaupten lassen, daß durch die Forderungen der Arbeiterschaft die Früchte der Rationalisierung nur den Belegschaften, nicht aber den Aktionären zugute kommen. Im letzten Heft der „Gewerkschaftszeitung" veröffentlicht der ADGB. eine vom Deutschen Metallarbeiterverband gelieferte Zusammenstellung, die die besonders in der Schwerindustrie den Konzernen zugeflossenen Rationalisierungsgewinne in dem Halbjahr von Juli 1926 bis Dezember 1926 anschaulich verdeutlicht.

Im Bochumer Verein ist die Roheisenerzeugung um 66,2 Proz., die Rohstahlerzeugung um 86,2 und die Erzeugung von Walzwerkfabrikaten um 75,7 Proz. gestiegen. Gleichzeitig nahm die Belegschaft aber nur um 6,9 Proz. zu. In den Hüttenanlagen „Vulkan" bei Duisburg stieg die Roheisenerzeugung um 60,3 Proz., die Belegschaftsziffer aber hat um 19 Proz. abgenommen. Auf der August-Thyssen-Hütte in Hamborn wuchs die Erzeugung um 46,4 Proz.; die Belegschaft ging aber um 43,8 Proz. zurück. Auf der Dortmunder Union ist eine Erzeugungssteigerung von 17 Proz. und ein Belegschaftsrückgang von 16,1 Proz. und auf der Gute-Hoffnungs-Hütte eine Produktionserweiterung von 27,8 und eine Belegschaftsverminderung von 7,8 Proz. zu verzeichnen.

Nun waren die Preise in diesem Zeitraum im Durchschnitt gewiß nicht schlecht. Die gewaltige Steigerung der Erzeugung bei relativem und absolutem Rückgang der Lohnkosten hat sich auch in entsprechenden Gewinnen niedergeschlagen. Selbstverständlich müßten diese Gewinne auch den Aktionären zugute kommen. Wenn Herr Dr. Reichert also glaubt, sich vor die Aktionäre und gegen die Arbeiterschaft stellen zu müssen, so mögen die Aktionäre einmal nachprüfen, in welchen Reserven die klingenden Rationalisierungsgewinne verschwunden sind. In den geringfügigen Lohnerhöhungen stecken sie ganz gewiß nicht, und auch die von der Arbeiterschaft mit Fug und Recht geforderte Arbeitszeitverkürzung wird sie noch nicht erschöpfen.

Börse und Wirtschaftsentwicklung. Die Deutsche Bank schreibt in ihrem letzten Monatsbericht, daß die Kursrückgänge seit Mitte Mai auf den Verlauf der Wirtschaftskonjunktur keinen merkbaren Einfluß ausgeübt haben. Die Anforderungen, die von der Wirtschaft an den Geldmarkt und die Banken gestellt werden, seien noch in der Zunahme begriffen.

Auch die „Hibernia" im Aufstieg.

Im Zeichen des englischen Bergarbeiterstreiks.

Die Bergwerksgesellschaft „Hibernia", die sich fast ganz im Besitz des preußischen Staates befindet, hat im Geschäftsjahr 1926 große finanzielle und betriebliche Erfolge aufzuweisen. Gegen Mitte des Jahres begann sich der im Mai einsetzende Streik auszuwirken, um nach der völligen Räumung der Halden im Herbst die Nachfrage zu einem Umfang zu steigern, der nicht mehr voll befriedigt werden konnte.

Die Kohlenrohförderung stieg gegenüber dem Vorjahr von 5 111 509 Tonnen auf 5 570 741 Tonnen, d. i. um etwa 7 Proz., obwohl die Belegschaft von 17 323 auf 15 691, das sind mehr als 9 Proz., sank. Der Förderanteil pro Kopf ist damit gegen 1913, wo bei einer Belegschaft von 19 423 Mann 6 215 579 Tonnen gefördert wurden, um rund 10 Proz. gestiegen. Im Vorjahr wurden bei 4 866 882 M. Betriebsüberschuß und 4 936 100 M. Abschreibungen 225 846 M. als Gewinn vorgetragen. Im Berichtsjahr dagegen 8 056 910 M. Betriebsüberschuß erzielt, Abschreibungen in Höhe von 5 253 245 M. vorgenommen, 2 760 000 M. Dividende verteilt (5 Proz. auf die Stammaktien und 4½ Proz. auf die Vorzugsaktien) und noch 269 511 M. vorgetragen.

Die ungewöhnlich hohen Abschreibungen von 10 189 345 Mark, das sind fast 17 Proz. des Aktienkapitals von 56 000 000 M., in zwei Jahren, lassen die starken Rationalisierungsgewinne auch bei der „Hibernia" erkennen, da der Hauptanteil auf Abschreibungen von Maschinen und Geräten entfällt. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr 1927 werden nicht günstig beurteilt. Trotzdem dürfte bei der allgemein ansteigenden Konjunktur, die den Inlandsmarkt sehr stark aufnahmefähig gemacht hat, wieder ein guter Gewinnabschluß zu erwarten sein.

---

100 elektrische Lokomotiven von der Reichsbahn bestellt. Nachdem die Reichsbahngesellschaft erst ganz kürzlich außerhalb des Arbeitsbeschaffungsprogrammes 7500 neue Güterwagen in Auftrag gegeben hat, wird jetzt die Bestellung von 100 elektrischen Lokomotiven und Triebwagen gemeldet im Auftragswert von rund 34 Millionen Mark. 45 Schnellzugslokomotiven werden bei Brown und Boveri, Mannheim, der Lokomotivenfabrik Kraus-München, der AEG., den Siemens-Schuckertwerken, der Firma Borsig, den Bergmann-Elektrizitätswerken und der Firma Schwartzkopff A.-G. in Auftrag gegeben. 35 Güterzuglokomotiven und 8 Rangierlokomotiven verteilen sich weiter auf Siemens-Schuckert-, Bergmann, Maffey-Schwartzkopff, Linke-Hoffmann und Maffey-München. Die restlichen Trieb- und Steuerwagen werden von Brown und Boveri, der Waggonfabrik H. Fuchs-Heidelberg und der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg gebaut.

Es geht auch ohne Sonnabendbörse. Der Börsenvorstand hat beschlossen, in den Monaten Juli und August die Effektenbörse Sonnabends ausfallen zu lassen.

Die Gruppengasversorgung der städtischen Gaswerke. Während die Durchführung der Ferngasversorgungspläne bisher nur langsam vorwärts kommt, hat die von den städtischen Gaswerken betriebene Gruppengasversorgung in den letzten Jahren recht gute Fortschritte gemacht, indem örtliche Zentralstellen nach Stillegung der übrigen, meist kleineren Werke die Gasversorgung des Gesamtgebietes übernahmen. Im Jahre 1925 wurde von 80 städtischen Gaswerken die Gruppengasversorgung betrieben und es wurden für diesen Zweck 140 Millionen Kubikmeter Gas abgegeben. Das Leitungsnetz dieser Werke betrug insgesamt 1290 Kilometer. Gegenüber dem vorhergehenden Jahr stieg die für die Zwecke der Gruppengasversorgung abgegebene Gasmenge in Berlin von 10 300 000 auf 18 Millionen Kubikmeter (Leitungslänge 175 Kilometer), in Dresden von 3 300 000 auf 4 Millionen Kubikmeter (49,5 Kilometer), in Stuttgart von 2 991 000 auf 3 799 000 Kubikmeter (239 Kilometer), in Mainz von 1 227 000 auf 1 326 000 Kubikmeter (17 Kilometer) und in Chemnitz von 1 100 000 auf 1 300 000 Kubikmeter (79 Kilometer).

Die Umstellung bei Hirsch-Kupfer. Die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke A.-G. Berlin-Eberswalde hat sich infolge der Auswirkungen der Krisenperiode zu einer umfassenden Sanierung entschließen müssen, die jetzt von der Generalversammlung genehmigt wurde. Die Sanierung ist durch ganz bedeutende außerordentliche Abschreibungen auf die Anlagen- und Maschinenwerte für die stillgelegten Betriebe gekennzeichnet. Neben den üblichen Abschreibungen von 5 Proz. auf die Gebäude und 10 Proz. auf die Maschinen werden über 4 Millionen von diesen Anlagen abgebucht, und zwar rund 35 Proz. von den Gebäude- und fast 40 Proz. von den Maschinenwerten. Der hieraus entstandene Jahresverlust von 2,8 Millionen wird durch Auflösung des Reservefonds II voll abgedeckt. Die Produktion des Konzerns ist nunmehr in Eberswalde und Ilsenburg betrieblich zusammengefaßt und durch weitestgehende Mechanisierung der Betriebe nach dem Vorbild der modernsten amerikanischen Betriebsweise ausgebaut worden. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz im vergangenen Jahr kommt sehr plastisch darin zum Ausdruck, daß bei einem durchschnittlichen Monatsverbrauch an Messinghalbzeugfabrikaten von 7500 Tonnen im Jahre 1925 die Aufnahmefähigkeit der Märkte in den niedrigsten Konsummonaten des Vorjahres auf 3300 Tonnen sank. Im laufenden Jahr hat sich der Metallmarkt wieder dem guten Stand von 1925 angepaßt und der vorliegende Auftragsbestand sichert den Betrieben bis zum Herbst volle Beschäftigung.

Nachwehen der Inflation in der französischen Autoindustrie. Zur Krise in der französischen Automobilindustrie wird uns geschrieben: Die französischen Automobilfabriken leiden besonders darunter, daß sie noch große Autolieferungen zu den Niedrigstpreisen der Franken-Inflationszeit auszuführen haben. Diese Aufträge sind durchweg Verlustaufträge. Hier sind die Fabriken von Renault, Citroën, Delage, de Dion, Donnet und Zedel am heftigsten betroffen. — Die großen Werke benutzen natürlich die Situation, um große Fusionen und Konzentrationen durchzuführen. Das geschieht in der Weise, daß kleine Automobilfabriken aufgekauft werden oder man sie durch Darlehen an irgendeine größere Gesellschaft knüpft. Auf diesem Gebiete betätigt sich neben der Reisenfirma Michel der bekannte Peugot-Konzern. Anscheinend sind auch die Amerikaner gesonnen, in dem wichtigen Automobilland Europas Fuß zu fassen. Wie es heißt, soll es der nordamerikanischen General-Motor-Gesellschaft möglich gewesen sein, wichtige französische Fabriken von sich abhängig zu machen. Andererseits versuchen die französischen Fabriken, durch Auslandsaufträge die schwierige Zeit der Frankenstabilisierung auszugleichen. So hat die Firma Citroën besondere Anstrengungen gemacht, in das deutsche und englische Automobilgeschäft einzudringen.

Hohe Gewinne und Rückstellungen bei den Berliner Mörtelwerken. Die Vereinigten Berliner Mörtelwerke A.-G. legt für das abgelaufene Geschäftsjahr einen überraschend guten Abschluß vor. Das Unternehmen profitiert in seiner Stellung als Hauptlieferant von Mörtel und Kalk für den Groß-Berliner Baumarkt von der riesenhaften Absatzbasis der Weltstadt für Massenprodukte. Die Gewinne sind sehr groß — die Verwaltung war natürlich bemüht, diese Gewinne hinter einer verhältnismäßig bescheidenen Dividende von 6 Proz. zu verstecken, mußte jedoch, obwohl sie vorher offiziell erklärt hatte, es seien keine Rückstellungen aus den Gewinnen vorgenommen worden, im Kreuzfeuer der Opposition auf der Generalversammlung zugestehen, daß aus den laufenden Betriebseinnahmen Reserven zurückgehalten seien. Die Bilanz weist einen von 1,9 auf 2,6 Millionen gestiegenen Rohgewinn und nach Abzug aller Unkosten einen mit rund 180 000 Mk. fast um das Vierfache erhöhten Reingewinn auf. Die auffallend stark von 0,7 auf 1,1 Millionen erhöhten Fuhrunkosten führt die Verwaltung auf den um 50 Proz. gestiegenen Umsatz zurück. In der Generalversammlung mußte sie aber, auf die Behauptung eines Aktionärs, der Umsatz sei nicht um 50, sondern um 100 Proz. gestiegen, die Antwort schuldig bleiben. Nach dem allen dürfte die Ankündigung des Aufsichtsratsmitglieds Graf Arco über eine 12prozentige Dividende sehr viel mehr den Tatsachen entsprechen, als die 6 Proz., die jetzt verteilt werden.

Produktionseinschränkung trotz reichlicher Aufträge und steigender Preise. Die gegenwärtige Produktionsregelung in der Juteindustrie, nach der für die Mitglieder der Interessengemeinschaft Deutscher Juteindustrieller eine Einschränkungsquote von 40 Proz. festgesetzt ist, gilt bis zum 1. Juni d. J. Eine Aufhebung der Produktionseinschränkung ist zu diesem Zeitpunkt nicht beabsichtigt. Ob man sich in Anbetracht der verhältnismäßig guten Beschäftigung sämtlicher Werke zu einer Herabsetzung der Einschränkungsquote entschließen wird, ist noch ungewiß. Die Industrie ist im allgemeinen mit Aufträgen für zwei bis drei Monate reichlich versehen und die Interessengemeinschaft hat soeben eine Erhöhung der Preise um 1 Mark pro 100 Kilogramm vorgenommen.

310 Millionen Mark Rußlandaufträge aus England zurückgezogen. Das Pressebureau der russischen Handelsvertretung in Berlin schätzt auf Grund des Planes für die Ausnützung des Kreditabkommens mit der Londoner Midland-Bank den Wert der schon vorbereiteten, nunmehr zurückgezogenen Bestellungen auf 10,5 Millionen Pfund Sterling. Weitere Bestellungen für 5 Millionen Pfund sollten vergeben werden. Es handelte sich fast durchwegs um Maschinenaufträge. Mit dem Aufhören der Bestellungen in England ist auch eine erhebliche Einschränkung des russischen Exports nach England verknüpft. Schon jetzt sieht Rußland eine Kürzung seines Einfuhrprogrammes vor, um dafür einen Ausgleich zu schaffen. Die Hoffnungen der deutschen Industrie, beim englisch-russischen Streit der lachende Dritte zu sein, dürfen also nicht zu hoch gespannt werden. Die russische Einfuhrbeschränkung wird auch die ehemals für England bestimmten Aufträge drosseln.

Für das Wochenende:

MAGGI's Suppen-Würfel

MAGGI's Fleischbrüh-Würfel

der richtige Proviant.